



Joachim Gauck

„Wir vergessen nicht“

Reden zum Gedenken an die Opfer des
Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges
in Bergen-Belsen, Berlin, Dresden, Lebus,
Schloß Holte-Stukenbrock 2015



Der Bundespräsident

Joachim Gauck

„Wir vergessen nicht“

Reden zum Gedenken an die Opfer des
Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges
in Bergen-Belsen, Berlin, Dresden, Lebus,
Schloß Holte-Stukenbrock 2015



Der Bundespräsident

Inhalt

„Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“

Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus

27. Januar 2015, Berlin

S. 4

„Nirgends wurde Leid so stark politisch instrumentalisiert wie hier“

Rede bei der Gedenkveranstaltung anlässlich des
70. Jahrestages der Zerstörung Dresdens

13. Februar 2015, Dresden

S. 16

„Wo wir nur können, werden wir Unrecht ein Ende setzen“

Rede zum 70. Jahrestag der Befreiung
des Konzentrationslagers Bergen-Belsen

26. April 2015, Bergen-Belsen

S. 24

„Was spurlos verwehen sollte, das rufen wir in unser Gedächtnis“

Rede bei der Gedenkveranstaltung zum
70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges

6. Mai 2015, Schloß Holte-Stukenbrock

S. 34

„Ich verneige mich vor dem Leid derer, die im Zweiten Weltkrieg Opfer deutscher Aggression geworden sind“

Rede in Gedenken des 70. Jahrestages des Endes
des Zweiten Weltkrieges in der Kriegsgräberstätte Lebus
8. Mai 2015, Lebus

S. 44

„Wer die Heimat zwangsweise verlassen muss, spürt häufig eine lebenslange Wunde“

Rede anlässlich des ersten Gedenktages für die Opfer von
Flucht und Vertreibung
20. Juni 2015, Berlin

S. 46

„Lasst nicht zu, dass so etwas noch einmal Wirklichkeit wird“

Rede beim Empfang für Repräsentanten der Lagergemeinschaften
ehemaliger nationalsozialistischer Konzentrationslager
2. Juli 2015, Schloss Bellevue

S. 62

„Das Totengedenken schließt alle Opfer von Krieg und Gewalt ein“

Rede bei der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag
15. November 2015, Berlin

S. 66

„Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“

*Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus
27. Januar 2015, Berlin*

Heute vor siebzig Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee befreit. Vor bald zwanzig Jahren versammelte sich der Bundestag erstmals, um mit einem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern. Die Erinnerung dürfe nicht enden, forderte damals Bundespräsident Roman Herzog. Und er sagte: „Ohne Erinnerung gibt es weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft.“

Viele prominente Zeitzeugen haben seitdem hier vor dem Hohen Haus geredet – Überlebende aus den Konzentrationslagern, aus den Ghettos oder dem Untergrund, auch Überlebende belagerter, ausgehungertes Städte. In bewegenden Worten haben sie uns teilhaben lassen an ihrem Schicksal. Und sie haben gesprochen über das Verhältnis zwischen ihren Völkern und den Deutschen, in dem nach den Gräueltaten der Nationalsozialisten nichts mehr war wie zuvor.

Erlauben Sie mir bitte, dass ich auch heute einen Zeitzeugen zu Wort kommen lasse, einen Zeitzeugen allerdings, der den Holocaust nicht überlebt hat. Seine Tagebücher aber sind überliefert und veröffentlicht, wenn auch erst 65 Jahre nach seinem Tod.

Ich spreche von Willy Cohn. Er stammte aus einer gut situierten Kaufmannsfamilie und unterrichtete an einem Breslauer Gymnasium. Er war ein orthodoxer Jude, tief verbunden mit deutscher Kultur und Geschichte, im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz. Unter dem NS-Regime verlor Cohn seine Arbeit, er verlor Freunde und Verwandte durch Selbstmord und Ausreise. Er ahnte das Ende, als ihn Nachrichten von der Errichtung der Ghettos im besetzten Polen erreichten und von Massenerschießungen in Lemberg. Doch obwohl er all dies wusste, bewahrte sich Cohn eine nahezu unerschütterliche Treue zu dem Land, das ihm das seine schien. „Ich liebe



Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz

Deutschland so“, schrieb er, „dass diese Liebe auch durch alle Unannehmlichkeiten nicht erschüttert werden kann. [...] Man muss loyal genug sein, um sich auch einer Regierung zu fügen, die aus einem ganz anderen Lager kommt.“

Cohns Loyalität, deren Unbedingtheit uns heute fast unbegreiflich erscheint, weil wir den weiteren Verlauf der Geschichte kennen, Cohns Loyalität wurde auf das Allerbitterste enttäuscht. Am 25. November 1941 verluden willige Helfer seine Familie in einen der ersten Züge, die Juden aus Breslau in den Tod deportierten. Tamara, die jüngste Tochter von Willy Cohn, war gerade drei Jahre alt. Vier Tage später hielt der SS-Standartenführer Karl Jäger fest, dass 2.000 Juden im litauischen Kaunas mit Maschinengewehren erschossen worden seien.

Der deutsch-jüdische Schriftsteller Jakob Wassermann, der in den 1920er Jahren zu den meistgelesenen Autoren in Deutschland gehörte, hatte bereits Ende

des Ersten Weltkrieges desillusioniert geschrieben: Es sei vergeblich, unter das Volk der Dichter und Denker zu gehen und ihnen die Hand zu bieten. „Sie sagen“, schrieb er, „was nimmt er sich heraus mit seiner jüdischen Aufdringlichkeit? Es ist vergeblich, für sie zu leben und für sie zu sterben. Sie sagen: er ist Jude.“

Der Jude der Antisemiten, das war kein Wesen aus Fleisch und Blut. Er galt als das Böse schlechthin und diente als Projektionsfläche für jede Art von Ängsten, Stereotypen und Feindbildern, manchmal sogar solcher, die sich gegenseitig ausschließen. Allerdings ist in seinem Judenhass niemand so weit gegangen wie die Nationalsozialisten. Mit ihrem Rassenwahn machten sie sich zu Herren über Leben und Tod.

Diese sogenannten „Herrenmenschen“ schreckten auch nicht davor zurück, angeblich „unwertes“ Leben zu vernichten, Menschen zu sterilisieren und den politischen Gegner auszuschalten. Sie alle wurden Opfer des nationalsozialistischen Säuberungswahns: Sinti und Roma, die slawischen Völker, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, widerständige Christen, unter ihnen die Zeugen Jehovas und alle anderen, die sich dem staatlichen Terror widersetzen.

Was uns aber am meisten entsetzt: Nie zuvor hat ein Staat ganze Menschengruppen so systematisch stigmatisiert, separiert und vernichtet, in so großer Zahl, mit eigens geschaffenen Todeslagern und einer präzise durchorganisierten, unerbittlichen und hocheffizienten Tötungsmaschinerie, so wie es in Auschwitz geschehen ist, das zum Symbol des Holocaust wurde. So wie in den übrigen Vernichtungslagern im besetzten Polen: Treblinka, Majdanek, Bełżec, Sobibor und Kulmhof. In anderen Lagern wurden die Menschen durch Hunger, Zwangsarbeit und unmenschliche Grausamkeiten dahingerafft. Und Zehntausende wurden bei Massenexekutionen in den eroberten Gebieten des Ostens erschossen und in Massengräbern verscharrt: Kamenez-Podolsk, Babi Jar.

Es waren die Truppen der Alliierten, die diesem Morden bei ihrem Vormarsch ein Ende bereiteten. Die Vernichtungslager im Osten wurden von den Sowjet-

soldaten befreit. Vor ihnen, die allein bei der Befreiung von Auschwitz 231 Kameraden verloren, verneigen wir uns auch heute in Respekt und Dankbarkeit.

Gedenktage führen eine Gesellschaft zusammen in der Reflexion über die gemeinsame Geschichte. Denn ob wir es nun wollen oder nicht: Einschneidende Ereignisse hinterlassen ihre Spuren – bei den Akteuren und Zeitzeugen, aber auch bei den nachfolgenden Generationen.

Eine der wichtigsten Lehren aus dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit lautet zweifellos, dass Verschweigen offenkundiges Verbrechen und offenkundige Schuld nicht tilgt. Das erlebten West- wie Ostdeutsche in einem ganz unterschiedlichen Umfeld, im Kern jedoch auf ähnliche Weise.

Gleich nach dem Krieg stand der Wiederaufbau im Vordergrund. In den Jahren des Wirtschaftswunders schauten im Westen zu viele Menschen nur nach vorn, und zu wenige auch zurück. NS-Verbrechen verfolgte die Justiz nur schleppend und in Einzelfällen. Mochten einzelne Intellektuelle und Schriftsteller, Widerständler und Opfer des Regimes die NS-Zeit durchaus thematisieren, mochten einzelne Filme, Romane und Tagebücher auch auf jüdische Schicksale verweisen – etwa das von Anne Frank –, so blieb die Mehrheit davon doch unberührt. Sie schottete sich ab und schützte sich vor Schuld- und Schamgefühlen, indem sie vielfach Erinnerung verweigerte. All das ist heute ganz schwer zu verstehen. Insbesondere auch, dass oft Selbstmitleid an die Stelle von Empathie und Sympathie mit den Opfern getreten war.

Im Rückblick ist es beschämend, dass aus den Opfern von einst dann Bittsteller wurden – beschämend, wenn bei Entschädigungen das Leiden von Opfern der Deutschen weniger wert war als das Leiden deutscher Opfer. Die Bevölkerung der jungen Bundesrepublik kannte wenig Mitgefühl mit den Opfern der nationalsozialistischen Gewalt. Und das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel war in der Öffentlichkeit keineswegs populär damals.

Das Schweigen wurde erst allmählich durchbrochen, als Ende der 1950er Jahre größere Prozesse gegen die nationalsozialistischen Täter begannen –

der Ulmer Einsatzgruppenprozess, der Prozess gegen Adolf Eichmann, die Auschwitz-Prozesse. Sie machten das Ausmaß der Verbrechen sichtbar. Auf Betreiben des unerschrockenen hessischen Generalstaatsanwalts berichteten hunderte von Zeugen über Gräueltaten, die belegten, dass es ein ganzes System der Vernichtung gab, ein System, das viele nicht für vorstellbar gehalten hatten. Zwar war das Erschrecken in der Öffentlichkeit groß. Aber eine wirkliche umfassende Betroffenheit stellte sich immer noch nicht ein. Die meisten Deutschen sprachen sich selbst frei, indem sie Schuld und Verantwortung einer kleinen Zahl von Fanatikern und Sadisten zuschrieben – Hitler und seiner allernächsten Umgebung. Die übrigen galten als angeblich hilflose Rädchen in einem Getriebe, als reine Befehlsempfänger, die gezwungen waren, auszuführen, was ihnen im Grunde genommen fremd gewesen sei.

Die juristische Aufarbeitung sollte letztlich sehr unbefriedigend bleiben. Sehr viele Richter und Staatsanwälte waren an verantwortlichen Stellen des nationalsozialistischen Regimes tätig gewesen. Sie sahen keinen Bedarf für Strafverfolgung oder relativierten die strafrechtliche Verantwortung.

Anders hingegen verhielt es sich dann mit der selbstkritischen Reflexion. In den 1960er Jahren setzten Intellektuelle wie Alexander und Margarete Mitscherlich fort, was Hannah Arendt schon früher begonnen hatte. Sie fragten auch nach der Mitschuld des „kleinen Mannes“, der sich einem verbrecherischen Führer verschrieben hatte und dann für die Folgen keine Verantwortung übernehmen wollte. Erst da gewannen die Auseinandersetzungen mit den Verbrechen größere gesellschaftliche Bedeutung. Vorangetrieben und unterstützt durch eine wachsende Zahl kritischer Intellektueller, Künstler und Studenten lernten die Westdeutschen langsam zu akzeptieren, dass es auch ganz „normale“ Männer und Frauen gewesen waren, die ihre Menschlichkeit, ihr Gewissen und ihre Moral verloren hatten – oft Menschen aus der nächsten Nachbarschaft, sogar Freunde und Mitglieder der eigenen Familie.

Mit der Fernsehserie „Holocaust“ Ende der 1970er Jahre erschloss sich einer wirklich breiten Öffentlichkeit schließlich die Perspektive der Opfer. Nie zuvor hatten sich – in West und Ost und obwohl vorher zahlreiche wissenschaftliche

Publikationen erschienen waren – so viele Deutsche dem Schicksal einer jüdischen Familie gestellt. Niemals zuvor hatten sich so viele so tief davon berühren lassen. Ich weiß das auch aus meinem eigenen Umfeld, im Osten, wo ich lebte.

Seit jener Zeit ist das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu einem festen Bestandteil unseres Selbstverständnisses geworden. Jede Generation, ja jedes Jahrzehnt hat sich dieses Themas auf eigene Weise vergewissert – oft in heftigen Debatten. Ich erinnere an den Historikerstreit oder an die Auseinandersetzung um das Holocaust-Mahnmal. Und weil auch künftige Generationen ihren eigenen Zugang suchen und finden werden, bin ich sicher, dass die Erinnerung an die Verbrechen aus der nationalsozialistischen Zeit lebendig bleiben wird.

Nun ein Blick auf den anderen Teil Deutschlands. Ich weiß zwar, dass die junge DDR viele Menschen an sich zu binden verstand, weil sie als das antifaschistische, also das bessere Deutschland galt. Viele von denen, die belastet waren, wurden tatsächlich durch Kommunisten und Antifaschisten ersetzt. Antifaschistische Lektüre und antifaschistische Filme bewegten zu Mitgefühl mit ermordeten Widerstandskämpfern. Loyalität gegenüber der DDR erschien als moralisches Gebot.

„Die DDR, mein Vaterland / ist sauber immerhin
Die Wiederkehr der Nazizeit / ist absolut nicht drin“,
so dichtete Wolf Biermann noch in den 1960er Jahren.

Der staatliche Antifaschismus der DDR diente allerdings auch als Ersatz für eine fehlende demokratische Legitimation. Und indem er die Gesellschaft pauschal von der rechtlichen und moralischen Verantwortung für den Nationalsozialismus freisprach, beförderte er auch das Verdrängen von Versagen und Schuld, auch des sogenannten „kleinen Mannes“.

Er ersparte ihm die Selbstreflexion und ermöglichte dem Belasteten und teilweise sogar noch dem Schuldigen, sich auf die Seite der Guten zu schlagen, zu den antifaschistischen Siegern. Das Gedenken galt zudem fast nur den Wider-

standskämpfern. An die jüdischen Opfer, die aus Gründen der Rassenideologie ausgelöscht worden waren, erinnern die Gedenkstätten im Osten Deutschlands angemessen erst seit dem Untergang der DDR.

Die „zweite Schuld“, von der Ralph Giordano sprach, also der Unwille, sich der Aufarbeitung der Verbrechen zu stellen und die Opfer zu entschädigen, diese zweite Schuld gab es also in Deutschland zwei Mal – in der frühen Bundesrepublik wie auch in der DDR.

Im Laufe der Zeit hat die Bundesrepublik, auch die wiedervereinigte, die Konfrontation mit den Verbrechen der Vergangenheit zu einem Kernbestand ihrer Geschichtserzählung gemacht. Auch dadurch ist sie zum glaubwürdigen Partner für ein friedvolles und gleichberechtigtes Zusammenleben von Bürgern und Nationen geworden, akzeptiert sogar von vielen Opfern und ihren Nachkommen. So haben in den 1990er Jahren Abertausende von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion die jüdischen Gemeinden in Deutschland belebt und neue gegründet, weil sie an dieses Deutschland glauben. Und der frühere israelische Staatspräsident Shimon Peres hat hier an dieser Stelle von der einzigartigen Freundschaft zwischen Deutschland und Israel gesprochen. Ohne den Blick zurück, ohne die Bereitschaft zu wirklicher, ernsthafter Aufarbeitung schuldhafter Vergangenheit wäre uns dieses Geschenk nicht zuteil geworden.

Zugleich wissen wir auch: Gedenktage können zu einem Ritual erstarren, sogar zu einer leeren Hülle, gefüllt mit stets gleichen Beschwörungsformeln. Wir wissen auch: Gedenktage allein bewahren uns nicht davor, im Hier und Heute gleichgültig zu werden.

Ich erinnere mich an eine Feier anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Zu den Rednern damals gehörte Thomas Buergenthal: Mit knapp elf Jahren hatte er den Todesmarsch von Auschwitz nach Sachsenhausen überlebt, nach dem Krieg war er in die Vereinigten Staaten emigriert, hatte sich als Jurist auf Völkerrecht und Menschenrechte spezialisiert und war als Richter beim Internationalen Gerichtshof an der Verfolgung von Völkermord beteiligt.



Gedenkfeier anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz in Auschwitz-Birkenau

Mir sind seine Worte sehr nachgegangen, denn er konfrontierte das Auditorium mit einer unbequemen Wahrheit. Was ist es wert, so fragte Buergenthal, dieses „Nie wieder“, das zentrale Versprechen nach Auschwitz? Gab es nicht – so Buergenthal damals – Kambodscha, Ruanda, Darfur? Gab es nicht – so könnten wir hinzufügen – Srebrenica? Und gibt es nicht heute Syrien und Irak und all die anderen Schreckensorte? Auch wenn hier die Verbrechen nicht die Dimension nationalsozialistischen Mordens erreichten und erreichen, so sei es doch schrecklich entmutigend, erklärte Thomas Buergenthal, „wenn Genozid und Massenmord fast Routine werden“. Wenn die Welt „Nie wieder“ erkläre, aber „die Augen vor dem nächsten Genozid“ verschließe.

Gestatten Sie mir, nicht einfach bei der Konstatierung dieser beunruhigenden und bedrückenden Tatsache stehenzubleiben, sondern einmal weiter nachzufragen: Sind wir denn bereit und sind wir fähig zur Prävention, damit es gar

nicht erst zu Massenmorden kommt? Sind wir überhaupt imstande, derartige Verbrechen zu beenden und sie zu ahnden? Fehlt manchmal nicht auch der Wille, sich einzusetzen gegen solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit?

Es ist ein großer Erfolg, dass Völkermord seit 1948 verfolgt werden kann, nämlich seit der Verabschiedung der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Internationale Strafgerichtshöfe sind mehrfach tätig geworden. Sie können gegen jene ermitteln, die danach trachten, „eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“.

Zugleich konfrontiert uns die Entwicklung aber auch mit der bitteren Erkenntnis, dass Strafe nur selten abschreckend wirkt und Prävention bislang selten rechtzeitig erfolgte. Ist die mörderische Dynamik dann erst einmal in Gang gesetzt, ist sie nur schwer zu stoppen. Oft ist Hilfe sogar unmöglich. Weil wir nicht allmächtig sind, haben wir zu leben mit der moralischen Bürde, das Leben von Menschen nicht immer und überall schützen zu können. Ebenso wenig, wie der Schalom, der Zustand der ewigen und umfassenden Glückseligkeit, jemals auf Erden zu erreichen ist, wird sich das „Nie wieder“ gänzlich erfüllen. Aber als moralisches Gebot, als innerer Kompass, bleibt es dennoch unverzichtbar. Denn das Streben nach friedlichem und gerechtem Zusammenleben von Menschen und Völkern ist eine wichtige, ja wohl die wichtigste Richtschnur im Zusammenleben der Völker. Eine wichtige Richtschnur unseres Handelns. Und wenn wir das Unheil schon nicht gänzlich zu bannen vermögen, so sind wir doch angehalten, es zu ächten und dafür zu arbeiten, dass es nicht soweit kommen kann.

Gewiss werden nachfolgende Generationen neue Formen des Gedenkens suchen. Und mag der Holocaust auch nicht mehr für alle Bürger zu den Kernelementen deutscher Identität zählen, so gilt doch weiterhin: Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben. Er gehört zur Geschichte dieses Landes. Und es bleibt etwas Spezifisches: hier in Deutschland, wo wir täglich an Häusern vorbeigehen, aus denen Juden deportiert wurden; hier in

Deutschland, wo die Vernichtung geplant und organisiert wurde; hier ist der Schrecken der Vergangenheit näher und die Verantwortung für Gegenwart und Zukunft größer und verpflichtender als anderswo.

In manchem Gespräch und in mancher Studie begegnet mir die Befürchtung, das Interesse der jungen Generation an den nationalsozialistischen Verbrechen, es werde schwinden. Ich teile diese Sorge nicht, bin mir aber bewusst, dass sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit weiter verändern wird und auch verändern muss. Viele Zeitzeugen hatten die Vergangenheit verdrängt und ihre Kinder die Verdrängung beklagt. Dann kommt die Enkelgeneration. Und bei den Enkeln zeigt sich jetzt, dass so etwas wie eine zunehmende Distanz durchaus auch ein Vorteil sein kann. Die Jungen können sich der schambehafteten Vergangenheit oft offener und uneingeschränkter stellen. Es überrascht immer wieder, in welchem Maße gerade Enkel und Urenkel verschüttete, tabuisierte Familiengeschichten erforschen, die jüdische Vergangenheit ihrer Wohnhäuser und Stadtteile erkunden und sich in Biographien von Verfolgten und Verfolgern versenken. Und wie sie in Menschen, die Juden retteten, nicht allein moralische Vorbilder sehen, sondern auch den Gegenbeweis zu der alten These: Man hätte ja nichts tun können!

Selbst wenn wir in Zukunft auf die Begegnung mit Zeitzeugen verzichten müssen, so muss die emotionale Betroffenheit nicht verloren gehen. Auch Angehörige der dritten und vierten Generation, auch Menschen ohne deutsche Wurzeln fühlen sich tief berührt, wenn sie etwa in Auschwitz auf Koffern der Ermordeten die Namen ihrer einstigen Besitzer entdecken. Wenn sie in der verlorenen Weite von Birkenau auf die Reste der gesprengten Krematorien stoßen. Wenn sie das „Tagebuch der Anne Frank“ lesen oder den Film „Der Pianist“ sehen. Wir erleben immer wieder, dass Autobiographien, Dokumentationen, Spielfilme, Interviews mit Überlebenden oder Besuche an den ehemaligen Stätten des Grauens auch jungen Menschen vergangenes Leid erschließen und ihre Seelen öffnen.

Betroffenheit stellt sich auch nicht nur bei jungen Menschen ein, die einen familiären Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit haben. Betroffen

reagieren auch Menschen, die in der deutschen Geschichte erkennen, was menschenmöglich ist, und dass sich Menschenfeindlichkeit, Fanatismus und Mordbereitschaft in anderem Gewand anderswo wiederholen können.

„Das haben Menschen Menschen angetan“: Auf diesen so einfach wie erschreckenden Nenner brachte die polnische Schriftstellerin Zofia Nałkowska, was sie als Mitglied einer internationalen Untersuchungskommission unmittelbar nach der Befreiung in den Konzentrationslagern gesehen hatte. Diese universelle Dimension des Holocaust ließ die Vereinten Nationen 2005 den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust beschließen – als eine Verpflichtung des Menschen gegenüber dem Menschen.

Der Holocaust als Menschheitsverbrechen – diesen Weg der Annäherung haben auch Eingewanderte, selbst wenn sie sich nicht oder noch nicht als Deutsche fühlen. Dieser Weg ist nicht immer leicht, auch nicht selbstverständlich. Manche Einwanderer erlitten in ihren Herkunftsländern selbst Verfolgung. Manche kommen aus Ländern, in denen Antisemitismus und Hass auf Israel verbreitet sind. Wo derartige Haltungen bei Einwanderern nachwirken und die Wahrnehmung aktueller Ereignisse bestimmen, haben wir ihnen beharrlich die historische Wahrheit zu vermitteln und sie auf die Werte dieser Gesellschaft zu verpflichten.

Wir alle, die Deutschland unser Zuhause nennen, wir alle tragen Verantwortung dafür, welchen Weg dieses Land gehen wird. Eine junge Frau aus einer Einwandererfamilie hat es in einem privaten Brief wunderbar formuliert: „Ich habe keine deutschen Vorfahren, aber ich werde deutsche Nachfahren haben. Und die werden mich zur Rechenschaft ziehen, wenn heute Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten auf unserem Boden ausgeübt werden“.

Hier ist jemand eingetreten in eine Verantwortungsgemeinschaft, die nicht aus einer Erfahrungsgemeinschaft herrührt. Aber wir finden uns wieder in einem gemeinsamen Willen.

Solange ich lebe, werde ich darunter leiden, dass die deutsche Nation mit ihrer so achtenswerten Kultur zu den ungeheuerlichsten Menschheitsverbrechen fähig war. Selbst eine noch so überzeugende Deutung des schrecklichen Kulturbruchs wäre nicht imstande, mein Herz und meinen Verstand zur Ruhe zu bringen. Denn da ist ein Bruch eingewebt in die Textur unserer nationalen Identität, der im Bewusstsein quälend lebendig bleibt. Wer „in der Wahrheit leben“ will, wird dies niemals leugnen.

Und doch können wir nach den dunklen Nächten der Diktatur, nach aller Schuld und später Scham und Reue ein taghelles Credo formulieren.

Wir taten es, als wir dem Recht seine Gültigkeit und seine Würde zurückgaben. Wir taten es, als wir Empathie mit den Opfern entwickelten. Und wir tun es heute, wenn wir uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten.

Die moralische Pflicht, die auf uns liegt, erfüllt sich nicht nur im Erinnern. In uns existiert auch eine tiefe und unauslöschliche Gewissheit: Aus diesem Erinnern ergibt sich ein Auftrag.

Er sagt uns: Schützt und bewahrt die Mitmenschlichkeit. Schützt und bewahrt die Rechte eines jeden Menschen.

Und das sagen wir gerade in Zeiten, in denen wir uns in Deutschland erneut auf das Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu verständigen haben. Die Gemeinschaft, in der wir alle leben wollen, wird nur dort gedeihen, wo die Würde des Einzelnen geachtet wird und wo Solidarität gelebt wird.

„Nirgends wurde Leid so stark politisch instrumentalisiert wie hier“

*Rede bei der Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages
der Zerstörung Dresdens
13. Februar 2015, Dresden*

Dienstag, 13. Februar 1945, das ist der Tag, der sich eingebrannt hat in das Gedächtnis eines jeden Dresdeners, der die folgende Nacht überleben konnte. Es war ein wintertrüber, kurzer Faschingsdienstag. Kinder trugen bunte Hüthen und Pappnasen. Viele Dresdener suchten die Normalität und wollten sich ablenken vom Alltag dieses ewigen Krieges, vom Elend der Flüchtlinge in der Stadt und auch von den Berichten der herannahenden Front.

Fünf Jahre lang hatten die alliierten Bomber die Stadt weitgehend ausgespart. Doch an diesem Abend, so hielt der Romanist Victor Klemperer fest, „brach die Katastrophe über Dresden herein“. Er schrieb: „Die Bomben fielen, die Häuser stürzten, [...] die brennenden Balken krachten auf arische und nichtarische Köpfe, und derselbe Feuersturm riss Jud und Christ in den Tod; wen aber von den etwa 70 Sternträgern diese Nacht verschonte, dem bedeutete sie Errettung, denn im allgemeinen Chaos konnte er der Gestapo entkommen“ – so wie auch der Schreiber selbst, Victor Klemperer, der als Ehemann einer sogenannten „Arierin“ noch nicht deportiert worden war. Er überstand die Luftangriffe mit leichten Verletzungen und entzog sich der Verhaftung durch Flucht aus der Stadt.

Aber die barocke Pracht des „Elbflorenz“ lag in Trümmern und Tausende verloren ihr Leben. Bomben und Feuer vernichteten sie unterschiedslos: Schuldige wie Unschuldige, Parteimitglieder und Kleinkinder, Kriegsverbrecher und Ordensschwwestern, Aufseher und Zwangsarbeiter, kämpfende Soldaten und Flüchtlinge, die, um ihr Leben zu retten, ihre Heimat verlassen und sich nun in Sicherheit geglaubt hatten.

Erich Kästner, der große Sohn dieser Stadt, fand sich noch zwei Jahre später in einer Trümmerwüste wieder: „Das, was man früher unter Dresden verstand,



Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Zerstörung Dresdens in der Dresdener Frauenkirche

existiert nicht mehr. Man geht hindurch, als liefe man im Traum durch Sodom und Gomorrha. [...] Fünfzehn Quadratkilometer Stadt sind abgemäht und weggeweht.“

Auch siebenzig Jahre später spüren wir die Folgen des Alptraums. Zeitzeugen, die das Inferno miterlebt haben, tragen bis heute Erinnerungen in sich an Orte, an Menschen, die sie nie wiedergesehen haben. Bei vielen hat die Zerstörung langanhaltende Verstörung bewirkt. Manchmal übertrug sie sich noch auf Kinder und Enkel. Für die Stadt wurde die Bombennacht zur tiefen Zäsur, zum Bezugspunkt einer Auseinandersetzung um Selbstverständnis und Identität. Deshalb versammeln wir uns heute, an diesem Jahrestag: Wir trauern mit allen, die seither Leid tragen. Und wir gedenken all derer, die in jener Zeit als Opfer von Gewalt und Krieg ums Leben kamen, nicht nur in Dresden, sondern an all den anderen Orten.

So viele Städte haben im Krieg schreckliche Bombardements erlitten. Städte, die von den Deutschen angegriffen wurden: das polnische Wieluń, Rotterdam, Belgrad, London, Leningrad oder Coventry. Auch Städte, über denen alliierte Piloten ihre Bomben abwarfen: Kassel, Darmstadt, Essen, Lübeck, Berlin, Würzburg, Swinemünde oder Pforzheim. Doch es sind Hamburg und vor allem Dresden, die zum Symbol für die Leiden der deutschen Zivilbevölkerung im Bombenkrieg wurden – wegen der Zahl der Opfer und wegen der ungeheuren Feuersbrünste.

Brandbomben, die den Sprengbomben folgten, entfachten Feuerstürme, die Innenstädte und Keller in Todesfallen verwandelten. In diesem Umfang und mit dieser Zerstörungskraft waren Bombardierungen reiner Wohnviertel bis dahin unbekannt. Ob eine derartige Kriegsführung militärisch sinnvoll, völkerrechtlich zulässig und moralisch vertretbar war, wurde bereits während des Krieges – auch in England und unter den Alliierten – intensiv und kontrovers debattiert. Und bis heute wird immer wieder rechtlich und moralisch über die Grenzfrage gestritten, ob illegitime Mittel überhaupt jemals eingesetzt werden dürfen, um Unrecht zu beseitigen.

Was Dresden darüber hinaus zu etwas Besonderem macht, ist dies: Nirgends wurde Leid so stark politisch instrumentalisiert wie hier. Die Verfälschung der Geschichte begann schon unter nationalsozialistischer Herrschaft, setzte sich fort in Zeiten der DDR und wird selbst heute noch von einigen Unverbesslichen weitergeführt.

Vor wenigen Jahren hat eine unabhängige Historikerkommission nach sorgfältigen Recherchen die Zahl der Toten vom 13./14. Februar 1945 ermittelt: Es sind bis zu 25.000. Dennoch werden von einigen weit höhere Opferzahlen behauptet, um alliierte Angriffe gegen nationalsozialistische Menschheitsverbrechen aufzurechnen, deutsche Schuld also zu relativieren. Und von anderer Seite wird das Flächenbombardement trotz des ungeheuren menschlichen Leids als gerechte Bestrafung gebilligt, also eine Kollektivschuld unterstellt und deutsche Leiderfahrung damit gänzlich ausgeklammert.

Ich weiß: Seit wir uns in Deutschland über das Ausmaß der deutschen Schuld klar geworden sind, übrigens dank allen, die in den vergangenen Jahrzehnten daran mitgewirkt haben; seitdem fällt es vielen schwer, auch das Leid deutscher Opfer zu sehen. Ich weiß aber auch: Ein Land, das für eine Ungeheuerlichkeit wie den Völkermord steht, konnte nicht damit rechnen, ungestraft und unbeschädigt aus einem Krieg hervorzugehen, den es selbst vom Zaun gebrochen hatte.

Ich will heute dankbar daran erinnern, dass Bürgerinnen und Bürger Dresdens es mindestens zweimal geschafft haben, sich der Instrumentalisierung des Gedenkens zu entziehen. Mit Kerzen in der Hand widersetzten sich in den 1980er Jahren kleine Gruppen mutiger Menschen dem Versuch, das Gedenken staatsoffiziell in antiwestliche Demonstrationen münden zu lassen. Und heute wehren sich zehntausende Dresdener mit dem Symbol der weißen Rose gegen ein Gedenken, das hauptsächlich von rechts, manchmal auch von links außen, im Geiste eines übersteigerten oder umgekehrt eines negativen Nationalismus missbraucht werden soll.

Die weiße Rose, sie erinnert uns nicht nur an die Münchner Widerstandsgruppe gegen die Nationalsozialisten. Weiße Rosen waren es auch, die – gemalt auf zwei Porzellanteller – die Bombenangriffe des 13. Februar unbeschadet überstanden. Einen der Teller, den eine Dresdenerin nach der Feuersbrunst fand, hat sie verschenkt an Überlebende aus Guernica, jener spanischen Stadt, die 1937 von der deutschen Luftwaffe zerstört wurde. Und ihre Bitte um Vergebung, ihr Zeichen der Verbundenheit im Leid, ihr Wunsch nach Aussöhnung wurde verstanden, und er wurde angenommen.

Wir wollen es noch einmal bekräftigen: Wir wissen, wer den mörderischen Krieg begonnen hat. Wir wissen es. Und deshalb wollen und werden wir niemals die Opfer der deutschen Kriegsführung vergessen. Wir vergessen es nicht, wenn wir heute hier der deutschen Opfer gedenken.

Das Gedenken, es verbindet uns nicht nur mit den Toten, das Gedenken verbindet Gedenkende auch miteinander. Denn wir wollen auf die Vergangenheit ja

schauen, um Antworten zu finden auf Fragen der Gegenwart und der Zukunft. Was geschehen ist, das soll nicht folgenlos bleiben. Und so suchen wir im Vergangenen nach Orientierung: nach Lehren, nach Vorbildern, vielleicht auch nach Methoden, um in Zukunft Gutes gezielt fördern zu können und Böses gezielt zu verhindern. So entscheiden wir, welchen Geschehnissen in der Vergangenheit wir unsere besondere Aufmerksamkeit schenken und für welche Aspekte wir besonderes Interesse entwickeln.

Wir machen uns dabei deutlich, dass Menschen sich höchst unterschiedlich erinnern. Und Erinnerung führt auch keineswegs automatisch zu gutem und richtigem Handeln. Erinnerung kann eine produktive Kraft für eine Gesellschaft sein. Aber an vielen Orten der Welt sehen wir auch heute wieder, wie eine selektive, quasi gezinkte Erinnerung dazu dient, destruktive, revanchistische oder nationalistische Ziele durchzusetzen. Auch im eigenen Land werden wir fortwährend darüber sprechen, manchmal auch darüber streiten müssen, was wir wie erinnern.

So ist es keineswegs selbstverständlich, dass wir hier heute in der Frauenkirche mit Vertretern der einstigen Kriegsgegner zusammenkommen. Wir kennen aus der Geschichte ganz andere Reaktionen auf Zerstörungen, auf Gebietsverluste, auf Niederlagen. Ich erinnere daran, wie es den Deutschen ging nach dem Ersten Weltkrieg. Da sahen sie sich, jedenfalls in ihrer Mehrheit, durch den Versailler Vertrag gedemütigt. Und sie sannten auf Revanche – auch eine Art von Erinnern. Ähnlich reagierten seither verschiedene Staaten, noch in jüngster Zeit haben wir das erlebt, auf dem Balkan etwa. Wir merken es, und es soll uns warnen. Wenn Wunden offen gehalten werden, kann Feindschaft nicht vergehen. Wenn das Ressentiment kultiviert wird, wächst der Wunsch nach Rache und Vergeltung. Ein Erinnern, das ausschließlich auf die Schuld des Anderen verweist, bringt Völker gegeneinander auf, statt sie im friedlichen Dialog einander anzunähern. Manipulierung und Instrumentalisierung des Erinnerns erleben wir auch in jüngster Zeit in beängstigender Wucht.

Es ist noch nicht lange her, da dachten auch Politiker und Militärs in Deutschland: „If right or wrong – my country!“ Die unbedingte Loyalität gegenüber



Teilnahme an einer Menschenkette auf dem Dresdener Neumarkt mit Daniela Schadt und dem Ministerpräsidenten von Sachsen, Stanislaw Tillich (2. v. r.), anlässlich des 70. Jahrestages der Zerstörung Dresdens

dem Vaterland war wichtiger als die Frage nach dem guten oder verwerflichen Tun eben dieses Vaterlandes. Bitter mussten das die Widerständler vom 20. Juli erfahren: Der geplante Tyrannenmord galt den meisten als Vaterlandsverrat. Ich hingegen halte es mit Carl Schurz, dem Lehrersohn aus dem rheinländischen Liblar, einem Mann des 19. Jahrhunderts, einem Freiheitskämpfer, der hohen Respekt erfuhr, aber nicht in Deutschland, sondern als unabhängiger amerikanischer Politiker. Seine Devise lautete: „My country, right or wrong; if right, to be kept right; and if wrong, to be set right“. Wenn wir im Recht sind, gilt es, Recht zu bewahren. Und wenn wir im Unrecht sind, gilt es, das Recht zu setzen.

Unser Erinnern, heute und seit Jahren, richtet sich nicht mehr an einer Norm aus, für die die Verteidigung der Ehre des Vaterlandes, des eigenen Landes, Priorität hat. Wir sind nicht mehr bereit, Verfehlungen und Verbrechen zu

leugnen oder zu entschuldigen, die im Namen unserer Nation geschehen sind. Die meisten von uns haben sich auch von jenem Selbstbild als Opfer verabschiedet, in dem sich viele in der Nachkriegszeit eingerichtet hatten, als sie das Selbstmitleid pflegten und sich gegen das Leid der Opfer von Deutschen abschotteten. Inzwischen wissen wir nämlich: Wer bereit ist, die Fixierung auf das eigene Schicksal zu überwinden, erfährt auch einen Akt der Selbstbefreiung. Er lernt, sich in größerem, historischem Kontext neu zu sehen, und er wird empfänglich für das Schicksal des Anderen.

Zwar erleben wir manchmal immer noch so etwas wie Konkurrenz zwischen verschiedenen Opfergruppen. Doch zunehmend gelingt es, unser Erinnern am Humanum auszurichten, an der Wahrung und Verteidigung dessen, was den Menschen zum Menschen macht: an seiner Würde und seiner Fähigkeit zum Mitgefühl.

Eine Frucht dieses Denkens ist dann Verständigung über nationale Grenzen hinweg. Und so freuen wir uns, heute hier in der Frauenkirche auch Gäste aus Großbritannien, aus Polen, aus Russland und aus den verschiedensten Ländern der Welt begrüßen zu können. Das begleiten wir mit tiefer Dankbarkeit und mit großer Freude. Haben Sie Dank, dass Sie alle hierher gekommen sind. Sie sollen wissen: Kein bleibender Groll hat sich bei uns eingenistet, so wie er sich nicht bei Ihnen eingenistet hat. Wir fühlen uns vereint in einem Gedenken, das getragen ist von unserer Hinwendung zu den Opfern und der Anerkennung ihres Leidens. In dem auch eine tiefe Empathie zum Ausdruck kommt, die uns Anteil nehmen lässt an dem, was Menschen als Folge des Krieges geschehen ist – sei es in London oder Warschau, in Leningrad, Dresden oder Breslau. Wir vergessen nicht – und stellen miteinander das Schicksal aller Opfer in die Mitte unseres Denkens und Fühlens.

Einst war die Ruine der Frauenkirche ein Mahnmal gegen den Krieg. Ich erinnere mich noch gut, wenn ich aus Rostock kommend, hierher kam und diesen Haufen der Steine sah, dieses Schwarz-Grau, ein Mahnmal. Heute ist die wieder aufgebaute Kirche ein Symbol für Frieden und für Versöhnung.

Vor 25 Jahren ging von Dresden der Ruf nach Unterstützung für den Wiederaufbau der Frauenkirche aus, und es reagierten bewundernswürdig auch die Kriegsgegner von einst. Vor zwanzig Jahren sagte der Herzog von Kent als Vertreter der britischen Krone Dresden ein neues Turmkreuz zu. Vor zehn Jahren überreichten Abgesandte aus Coventry der Gemeinde der Frauenkirche ein Nagelkreuz, angefertigt aus drei großen Zimmermannsnägeln. Sie stammten aus dem Dachstuhl der von deutschen Bomben zerstörten Kathedrale – wahrlich ein Symbol der Versöhnung.

Heute ist die Frauenkirche ein „Lernort des Friedens“. Das Geld für den Wiederaufbau wurde in Nah und Fern gesammelt: Zwei Drittel der Spendensumme kamen aus privater Hand und aus den verschiedensten Gegenden der Welt, gerade auch aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Was für ein großes Zeichen der nationenübergreifenden Solidarität! Welch ein Erfolg auch des Bibelwortes, das in der Versöhnungsliturgie von Coventry so aufklingt: „Seid untereinander freundlich, herzlich und vergebt einer dem andern, wie auch Gott euch vergeben hat in Christus.“

Ja, wir haben es gelernt und haben es erfahren: Der Mensch ist ein Wesen, das trotz vielfältigen Scheiterns, trotz zerstörerischer Potentiale aus aufrichtiger und respektvoller Erinnerung heraus zu Großem fähig ist – zu menschlichem Miteinander, zur Verständigung und zum Frieden.

„Wo wir nur können, werden wir Unrecht ein Ende setzen“

*Rede zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen
26. April 2015, Bergen-Belsen*

Mein erster Gruß gilt Ihnen, die Sie diesen Ort des Schreckens überlebt haben und heute mit uns der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen gedenken. Ich danke Ihnen, dass Sie die Reise auf sich genommen haben!

Und mit Ihnen grüße ich Ihre Angehörigen und alle Überlebenden dieses Lagers, die heute nicht bei uns sein können.

Befreiung – an einem Ort wie Bergen-Belsen bedarf dieses Wort keiner Debatte. Sein tiefer Sinn ist unbestreitbar. Genauso unbestreitbar wie die unermessliche Schuld, die Deutsche in den Jahren zwischen 1933 und 1945 an ungezählten Orten in ganz Europa auf sich geladen haben.

Der Schrecken, der am 15. April 1945 mit der Befreiung des Lagers Bergen-Belsen zu Ende ging, hatte sich nicht nur irgendwo weit „im Osten“ zugetragen, hinter der Front oder in den besetzten Gebieten, sondern eben auch hier, mitten in Deutschland; in einer Region, in der die Aufklärer Leibniz und Lessing gewirkt hatten; in einer Landschaft, die für viele Inbegriff der Romantik und Naturverbundenheit ist.

Und mitten in dieser Kultur, auf die wir stolz sind, mitten in dieser Geschichte, in der wir unsere Wurzeln haben, mitten in dieser Heimat, die wir lieben, mitten darin klafft ein unfassbarer Abgrund, der mit Worten wie „Schrecken“, „Schande“ oder „Schuld“ nur sehr unvollkommen beschrieben werden kann. Orte wie Bergen-Belsen, Buchenwald oder Dachau sind auf ganz besondere Weise Symbole dieses Abgrundes. Sie stehen für die unermessliche politische, moralische, kulturelle und humanitäre Katastrophe, in die das „Dritte Reich“ das Land und die Menschen in Deutschland geführt hatte.



Ansprache zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen

Mehr als die Überlegung Adornos, ob man „nach Auschwitz“ noch Gedichte schreiben könne, treibt mich die Frage um, wie es möglich war, dass neben Auschwitz und all den anderen Orten der Verbrechen und der Unmenschlichkeit gedichtet, gesungen und gelebt wurde. Und wie war es möglich, dass solche Verbrechen und solche Unmenschlichkeit in einem Land stattfinden konnten, das auf so eine reiche Geschichte und Zivilisation zurückblicken konnte? Ich habe bis heute keine Antwort auf diese Frage. Ich kann sie immer wieder nur fassungslos wiederholen und das gerade an einem Ort wie diesem.

Vor siebzig Jahren gingen von diesem Ort unfassbare Bilder um die Welt, aufgenommen von den britischen Befreierern bei ihrer Ankunft im Lager. Sie zeigten diese Schreckensbilder von tausenden von Leichen, nebeneinander und

übereinander in Baracken liegend oder einfach auf dem Boden aufgetürmt. Und dazwischen Überlebende, viele mehr tot als lebendig, abgemagert bis zum Skelett. Wer diese Bilder sah und wer sie heute sieht, der muss sich fragen: Wie kann ein Mensch dem anderen so etwas antun?

Das Grauen hatte in diesem Lager viele Formen. Bergen-Belsen war Kriegsgefangenenlager. Bergen-Belsen war Konzentrationslager. Bergen-Belsen war „Aufenthaltslager“ für jüdische Geiseln, die von der nationalsozialistischen Führung für wertvoll gehalten wurden. Bergen-Belsen war in den letzten Kriegsmonaten für die Insassen anderer Lager im Osten das Ziel von Todesmärschen – diesen schrecklichen letzten Wegstrecken, die noch so viele Menschen das Leben kosteten.

Im Lager Bergen-Belsen wurden besonders viele Familien und Kinder eingesperrt – allein in den letzten Kriegsjahren waren es schätzungsweise 3.000 Kinder unter 14 Jahren. Diese jungen Menschen wurden Zeugen von Krankheit, Leid und Tod. Sie mussten mitansehen, wie Mutter oder Vater gedemütigt und geschlagen wurde. Und die Eltern, sie waren hilflos – sie konnten ihre eigenen Kinder nicht schützen vor Unrecht und Unmenschlichkeit.

Ein französischer Häftlingsarzt schilderte das Inferno in der Spätphase des Lagers, als immer mehr Menschen ums Leben kamen:

„Belsen war das Lager, wo man die Gräueltaten mit Scheinheiligkeit verübte. Hier gab es keine Massenhinrichtungen am Galgen; hier gab es keine Gaskammern. Man starb langsam, aber sicher. Der peinigende Hunger, die organisierte Vernachlässigung der Hygiene, die gewollten Epidemien, die Überfüllung der Unterkünfte, die Misshandlungen, das Gefühl einer totalen Erniedrigung – das alles sicherte dem Krematorium die Erfüllung seines massiven und regelmäßigen Solls.“

Allein in den letzten drei Monaten vor der Befreiung starben in Bergen-Belsen mehr als 35.000 Menschen. In drei Monaten!

Wir gedenken heute all jener Kinder, Frauen und Männer, die der NS-Herrschaft zum Opfer fielen – im Lager Bergen-Belsen und an anderen Orten der Erniedrigung und des Todes. Siebzig Jahre, fast ein Menschenleben, so lange ist es schon her, dass die Bilder und die Berichte die Welt erschütterten. Aber noch heute – und in weiteren Jahren – werden die Bilder und die Botschaften wirken, werden uns, wie die Nachgeborenen, verstören, nach dem „Warum“ fragen lassen und späten Zorn wie späte Trauer auslösen.

„Selektion“ – die Anmaßung, darüber zu entscheiden, wer leben darf und wer sterben soll –, das war der mörderische Kern der NS-Ideologie. Zunehmend systematisch wurden Menschen verfolgt und getötet. Immer weiter radikalisierte sich der Wahn, Menschen zu sortieren und auszugrenzen, ihnen die Volkszugehörigkeit abzusprechen, das Menschsein gar, ja schließlich das nackte Recht auf Leben. Zu den Opfern zählten Juden und Sinti und Roma, die auf Grund des Rassenwahns verfolgt und getötet wurden. Auch Angehörige slawischer Völker hatten offenkundig nicht das gleiche Lebensrecht wie die sogenannte „Herrenrasse“. Aber auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, politische Gegner des Nationalsozialismus, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen aller Konfessionen, darunter besonders die Zeugen Jehovas und schließlich Menschen aus Deutschland und aus ganz Europa, die sich mutig dem Terror und den Verbrechen des NS-Regimes entgegenstellten, sie alle waren der Verfolgung und der Mordmaschinerie ausgeliefert.

Die in Bergen-Belsen inhaftierte Hanna Lévy-Hass schrieb im November 1944 in ihr Tagebuch:

„Wir sind nicht tot, aber wir sind Tote. Man hat es fertigbekommen, in uns nicht nur das Recht auf das gegenwärtige Leben abzutöten – und bei vielen von uns sicher auch das auf das künftige Leben –, doch die tiefste Tragik liegt darin, dass es ihnen durch ihre sadistischen und perversen Methoden gelungen ist, jede Regung eines früheren menschlichen Lebens, jedes Gefühl normaler Wesen mit normaler Vergangenheit abzutöten, ja selbst das Bewusstsein, einmal als Menschen, die dieses Namens würdig waren, existiert zu haben.“

Das alles geschah täglich und tausendfach und eben mitten in Deutschland. Aber zu viele sahen es nicht, manche konnten es nicht sehen, viele andere wollten es nicht sehen. Zu wenige auch waren da, die genauer wissen wollten, was sich vor der eigenen Haustür überhaupt abspielte. In Bergen-Belsen waren das die hungernden Kriegsgefangenen hinter den Zäunen. Es waren die ankommenden Waggons voller ausgemergelter Menschen, die in das Konzentrationslager gebracht wurden. Es waren die ausgemergelten Gestalten, die auf den Todesmärschen brutal hierher getrieben wurden. Es waren die Kinder unter den Gefangenen.

Wer in dieser Situation wegschaut, wer eine schwierige Gewissensentscheidung vermeidet, der verweigert dem Opfer alles, was ein Mensch dem anderen schuldet: Mitleid und Hilfe, ja selbst die bloße Zeugenschaft für erlittenes Unrecht.

Die Szenen der Befreiung von Bergen-Belsen im April 1945 hat Simone Weil, Überlebende und später Präsidentin des Europäischen Parlaments, so beschrieben: Statt Glück bei den Befreiten erlebt sie nur Stille und Tränen. Statt Genugtuung über den Sieg bei den Befreiern zu erkennen, schaut sie in entsetzte Gesichter.

Major Ben Barnett, der das Lager als einer der ersten britischen Offiziere erreichte, notierte: „The things I saw completely defy description. There are no words in the English language which can give a true impression of the ghastly horrors of this camp. (...) Why did the Germans do this? I say it was deliberate policy of extermination by starvation.“

Mit der Befreiung trugen die britischen Soldaten plötzlich Verantwortung für 53.000 Lagerinsassen. Halbverhungert, krank und traumatisiert waren viele von ihnen dem Tod näher als dem Leben. Die Befreier taten alles, was in ihrer Macht stand, um Leben zu retten und Leiden zu lindern. Sie sorgten für medizinische Hilfe und eine funktionierende Wasserversorgung. Und sie kümmerten sich um die vielen Kinder, die im Lager zu Waisen geworden waren. Aber trotz aller Anstrengungen starben auch nach der Befreiung noch Tausende an den Folgen von Haft und Hunger, Misshandlung und Zwangsarbeit.

Doch schließlich kam der Tag, als das Sterben der Kranken und Verhungerten endete und an der Wandtafel des Lazaretteingangs geschrieben stand: „Heute zum ersten Mal kein Toter.“

Wenn ich heute an dieser Gedenkfeier teilnehme, ist es mein tief empfunden-
nes Bedürfnis, den Befreiern aus Großbritannien von Herzen Dank zu sagen. Sie kamen hierher in Zeiten der Unmenschlichkeit. Sie kamen als Menschen. Mit ihren Taten und mit ihrer Haltung – zutiefst von Humanität geprägt – begann eine neue Epoche: Menschen, auch die damals sogenannten „Herrenmenschen“, sie sollten wieder lernen, dass Mitmenschlichkeit tatsächlich gelebt werden kann.

Und die britischen Soldaten waren Botschafter einer demokratischen Kultur, die nicht auf Rache am Feind bedacht war, sondern dem Recht und der Menschenwürde auch in Deutschland wieder zu neuer Geltung verhelfen sollte. Sie kamen übrigens auch mit dem ausdrücklichen Auftrag ihrer Regierung, gegenüber der besiegten Nation Fairness walten zu lassen, damit auch die Deutschen selbst zu solcher zurückfinden würden.

Auf beeindruckende Weise verinnerlichten dies die britischen Soldaten. In einem Leserbrief an die British Zone Review schrieb einer dieser Soldaten:

„Nur weil die Deutschen böse waren, gibt uns das nicht das Recht auf eine ähnliche verletzende Vergeltung. Es ist beinahe zweitausend Jahre her, seit eine bessere Parole als Auge um Auge ausgegeben wurde. Unsere Maßstäbe müssen unsere eigenen sein, und sie müssen freundlicher sein als die der Nationalsozialisten; andernfalls wüsste ich nicht, für welches positive Ziel wir gekämpft haben sollten.“

Die Briten zeigten „Großherzigkeit im Sieg“, so hat es Winston Churchill später in seinen Memoiren beschrieben. Damit waren sie das leuchtende Gegenbild zu den siegreichen Deutschen, die in den Jahren zuvor weite Teile Europas unterdrückt, versklavt und ausgeraubt hatten.

Und indem Großbritannien in der Zeit nach dem Krieg dem geschlagenen und so tief gefallenem Deutschland die Hand entgegenstreckte, wurde es möglich, jene freiheitlichen Werte allmählich wiederzuentdecken, die nach dem Ende der ersten deutschen Demokratie bei uns hier im Land damals weitestgehend vergessen waren.

Der Vormarsch der alliierten Streitkräfte in den letzten Monaten des von Deutschland entfesselten Kriegs rettete unzähligen Menschen in den Konzentrations- und Gefangenenlagern das Leben – in Dachau, in Buchenwald, in Sachsenhausen und in Auschwitz und an vielen weiteren Orten. Aber wir dürfen auch nicht vergessen: Noch bevor Briten, Sowjetsoldaten, Amerikaner und andere Truppen die Lager befreien konnten, wurden dort und wie auch vielfach in Städten und Dörfern nahe der Front fortwährend und bis zuletzt Menschen erschossen, aufgehängt, vom Leben zum Tod gebracht durch fanatisierte andere Deutsche, die nicht an das Ende zu glauben vermochten.

Auch wer das Inferno überlebt hatte und befreit worden war, sollte danach nie wieder derselbe sein. In den Worten des österreichischen Schriftstellers und Essayisten Jean Améry, eines Überlebenden von Auschwitz und Bergen-Belsen:

„Wir kamen entblößt aus dem Lager, ausgeplündert, entleert, desorientiert – und es hat lange gedauert, bis wir nur wieder die Alltagssprache der Freiheit erlernten.“

Viele Deutsche taten sich nach 1945 schwer mit dieser „Alltagssprache der Freiheit“ – freilich aus ganz anderen Gründen. Nach 1945 wollten sie vor allem vergessen und neu anfangen. Eigene Schuld wurde damals relativiert und eigenes Leid stand für viele im Vordergrund. Das zeigt auch der Umgang mit den Verbrechen, die hier in Bergen-Belsen geschehen waren. Die Prozesse gegen die Haupttäter fanden schon 1945 statt, aber das Interesse der deutschen Bevölkerung war gering. Wie sehr hat sich das geändert in den letzten Jahrzehnten.

Es sollte noch viele Jahre dauern, bis die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in der bundesdeutschen Gesellschaft offen, ehrlich und selbstkritisch geführt wurde.



Austausch mit der Vertreterin der Organisation der polnischen ehemaligen Häftlinge, Maria Gniatczyk, bei der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen

Zur Aufarbeitung der Vergangenheit gehören Wissen, Nachdenklichkeit und die Fähigkeit, eigene Versäumnisse zu reflektieren, ja eigene Schuld einzugestehen wie auch sich für das Leid anderer Menschen zu öffnen. Zu den Persönlichkeiten, die diese Fähigkeiten früh in sich vereinigen, gehörte das erste Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss. 1952, als die Gedenkstätte Bergen-Belsen eröffnet wurde, sagte er: „Wer hier als Deutscher spricht, muss sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen.“ Und er bekannte: „Wir haben von den Dingen gewusst.“ Es gab damals in der Bundesrepublik nur wenige, gerade in den Institutionen des Staates, die sich ein solches Bekenntnis zugetraut hätten.

Die Eröffnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen wurde international beachtet, doch in der deutschen Öffentlichkeit fristete sie zunächst eher ein Schattendasein. Bundeskanzler Adenauer besuchte sie acht Jahre nach ihrer Gründung unter dem Druck aktueller Ereignisse, als nämlich ein Anschlag auf die kurz zuvor eingeweihte Kölner Synagoge verübt worden war. Wichtige Impulse für die weitere Entwicklung der Gedenkstätte kamen später, und sie kamen immer wieder aus der Mitte der Gesellschaft. Vor allem in den 1980er Jahren entstand, was wir heute eine „Graswurzelbewegung“ für aktive Erinnerungsarbeit nennen würden.

Was Gedenkstätten leisten können, wenn sie auf ernsthafter und solider Grundlage stehen, das hat dieser Ort, das hat Bergen-Belsen gezeigt: Einst hatten die Nationalsozialisten ihren Opfern im Lager ihre Würde und schließlich ihr Leben genommen. Und sie hatten versucht, auch die Identität der Opfer für immer zu vernichten. Die Lagerregister wurden vor der Ankunft der Befreier zerstört. Aber diese Gedenkstätte hat – in jahrelanger Arbeit – vielen der hier umgekommenen Menschen ihr Gesicht, ihren Namen und ihre Geschichte zurückgegeben.

Wer die Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager besucht und sich mit der Frage konfrontiert: Wie konnte das alles geschehen?, kann erfahren, dass sich die sonst oft gefühlte Distanz zur Geschichte auflöst und in der Begegnung sich in eine große Klarheit verwandelt. Aus Trauer ergibt sich Erinnerung. Und aus individueller Erinnerung wird gemeinschaftliches Gedenken. Und dann spüren wir, welche Bedeutung in diesem Erinnerungsprozess liegt. Wir spüren, dass Erinnerung unseren Blick nicht nur zurück in die Vergangenheit lenkt, sondern dass es immer auch um Gegenwart und Zukunft geht. Wer in der Zukunft, nämlich „in der Wahrheit“ leben will, der braucht ein aufrichtiges und der Wahrheit verpflichtetes Erinnern, eines, das den Menschen zum Menschen macht – so, dass er das Leid seines Nächsten nicht gleichgültig hinnimmt, sondern es zu lindern oder zu beenden versucht, wo immer das möglich ist. So bildet das Humanum den eigentlichen Zielpunkt für Erinnerung und Gedenken.

So stehen wir hier in einer Verantwortungsgemeinschaft, die sich dazu bekennt, die Würde des Menschen und seine unveräußerlichen Rechte zu erhalten und zu verteidigen. Der Schrecken ist auch heute nicht verschwunden aus unserer Welt, doch mit dieser Haltung können wir ihm entgegentreten.

Wir müssen den Blick auf Geschehendes richten. Das ist unsere Lehre aus der Vergangenheit. Wo wir nur können, werden wir Unrecht ein Ende setzen. Und wenn uns dazu die Mittel fehlen, um einzuschreiten, wenn wir machtlos sind, dann können wir immer noch mehr tun, als einfach nur ohnmächtig wegzusehen. Wir können und müssen dann Zeugen sein und müssen Zeugnis ablegen. Und das kann jeder von uns.

Eines der bewegenden Zeugnisse menschlicher Zuversicht, sogar in dunkelster Stunde, ist das Tagebuch der Anne Frank. Hier, im Lager Bergen-Belsen, starb sie. Ihr Vater Otto Frank überlebte – als einziger jener Gruppe, die zuvor im Versteck eines Hinterhauses in Amsterdam verhaftet worden waren. Fortan widmete er sich dem Ziel, das Tagebuch seiner Tochter in der Welt zu verbreiten. 1980 schrieb er: „Der Auftrag, den ich von Anne erhalten habe, gibt mir immer wieder neue Kraft – für Versöhnung zu kämpfen und für Menschenrechte in der ganzen Welt.“

Wir Deutsche sind dankbar für das große Geschenk der Versöhnung mit unseren Nachbarn in Europa und allen Völkern, denen Deutsche damals unsägliches Leid zugefügt haben. Wir bekennen uns heute erneut zu dem Auftrag, die Verbrechen nicht zu leugnen oder zu relativieren und die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten. Indem wir an sie denken, sagen wir „Ja“ zu ihrem Auftrag an uns Nachgeborene: Bewahrt und schützt die Würde und das Leben der Menschen.

„Was spurlos verwehen sollte, das rufen wir in unser Gedächtnis“

Rede bei der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag

des Endes des Zweiten Weltkrieges

6. Mai 2015, Schloß Holte-Stukenbrock

Übermorgen ist es siebenzig Jahre her, dass der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging – jener mörderische Schrecken, der von Deutschland ausgegangen war.

Der Krieg ging endlich zu Ende,
 der unseren Kontinent verwüstete,
 in dem die Juden Europas ermordet wurden,
 in dessen Verlauf Millionen von Soldaten und Zivilisten starben,
 in dessen Folge in vielen Ländern Millionen aus ihrer Heimat vertrieben wurden,
 als dessen Ergebnis Europa, mitten darin Deutschland, ein halbes
 Jahrhundert geteilt war.

Dieser Krieg endete erst, als die westlichen Alliierten und die Sowjetunion gemeinsam Deutschland zur Kapitulation gezwungen hatten und uns Deutsche damit auch von der Nazi-Diktatur befreiten. Wir Nachgeborenen in Deutschland haben allen Grund, für diesen aufopferungsvollen Kampf unserer ehemaligen Gegner in Ost und West dankbar zu sein. Er hat es möglich gemacht, dass wir in Deutschland heute in Freiheit und Würde leben können. Wer wäre nicht dankbar dafür?

Hier in Schloß Holte-Stukenbrock erinnern wir in dieser Stunde an eines der größten Verbrechen in diesem Krieg: Millionen von Soldaten der Roten Armee sind in deutscher Kriegsgefangenschaft ums Leben gebracht worden – sie gingen an Krankheiten elendig zugrunde, sie verhungerten, sie wurden ermordet. Millionen von Kriegsgefangenen, die doch nach Kriegsvölkerrecht und internationalen Verabredungen in der Obhut der Deutschen Wehrmacht standen.

Sie wurden auf lange Fußmärsche gezwungen, in offenen Güterwagen verschickt, sie kamen in sogenannte Auffang- oder Sammellager, in denen es



Rede auf dem Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter in Schloß Holte-Stukenbrock anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges

anfangs so gut wie nichts gab – keine Unterkunft, keine ausreichende Verpflegung, keine sanitären Anlagen, keine medizinische Betreuung –, nichts. Sie mussten sich Erdlöcher graben, sich notdürftig Baracken bauen – sie versuchten verzweifelt, irgendwie zu überleben. Dann wurden sie in großer Zahl zum Arbeitseinsatz gezwungen, den sie, geschwächt und ausgehungert, wie sie waren, oft nicht zu überleben vermochten.

Wenige hundert Meter von hier war das Kriegsgefangenenlager „Stalag 326 Senne“. Mehr als 310.000 Kriegsgefangene waren hier. Sehr viele von ihnen sind umgekommen, Zehntausende sind hier begraben.

Was sagen Zahlen? Wenig – und doch, sie geben Auskunft, sie geben uns zumindest eine Vorstellung von dem Schrecken und von der unbarmherzigen Behandlung, die die Sowjetsoldaten in deutscher Gefangenschaft erlitten

haben. Wir müssen heute davon ausgehen, dass von über 5,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen deutlich mehr als die Hälfte umkam. Millionen Schicksale, Millionen Namen, Millionen Lebensgeschichten. Es waren Russen, Ukrainer, Weißrussen, Kirgisen, Georgier, Usbeken, Kasachen, Turkmenen – Soldaten aus allen Völkern, die damals zur Sowjetunion gehörten.

Wenn wir betrachten, was mit den westalliierten Kriegsgefangenen geschah, von denen etwa drei Prozent in der Gefangenschaft umkamen, dann sehen wir den gewaltigen Unterschied: Anders als im Westen war der Krieg im Osten vom nationalsozialistischen Regime von Anfang an als ein Weltanschauungs- und Vernichtungs- und Ausrottungskrieg geplant – und in der Regel auch geführt, denken wir zum Beispiel an diese schreckliche jahrelange Belagerung Leninsgrads mit dem Ziel des Aushungerns einer Millionenstadt. Denken wir an die Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung in allen besetzten Ländern, ganz besonders aber in der Sowjetunion. Das geschah bewusst und vorsätzlich und auf ausdrücklichen Befehl Adolf Hitlers. Die Wehrmacht setzte diese Befehle bereitwillig um. Es war der Generalstabschef Halder, der im Mai 1941 formulierte: „Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad“. Dementsprechend sollten die Gefangenen behandelt werden, und das ist bei den Völkern der ehemaligen Sowjetunion bis heute in unauslöschlicher Erinnerung.

Als die Sowjetunion sich ganz zu Beginn des Krieges bereit erklärt hatte, über das Rote Kreuz mit dem Deutschen Reich eine Vereinbarung über die Behandlung der Kriegsgefangenen zu schließen, da lehnte Hitler das brüsk ab – und er sorgte dafür, dass seine Ablehnung in Millionen von Flugblättern auch seinen Soldaten bekannt wurde. Denn er hatte ein Ziel, und es war eindeutig: Kein deutscher Soldat sollte glauben, dass er in sowjetischer Kriegsgefangenschaft überhaupt überleben könnte. Alle sollten bis zum letzten Atemzug kämpfen und sich auf keinen Fall ergeben. Das Schicksal derjenigen seiner Soldaten, die dann doch gefangen wurden, war dem Obersten Befehlshaber vollkommen gleichgültig.

Nun schauen wir auf die andere Seite. Auf der anderen Seite dekretierte Stalin: Wenn ein sowjetischer Soldat gefangen werde, habe er nicht bis zuletzt

gekämpft, konnte gleichsam also nur desertiert sein, also irgendwie ein Verräter sein. Deswegen erwarteten bei Kriegsende sehr viele in die Heimat entlassene sowjetische Kriegsgefangene erneute Lagerhaft, oft sogar der Tod. Wir können nur ahnen, wie viele Mütter, wie viele Ehefrauen, wie viele Bräute, wie viele Kinder noch nach Kriegsende vergeblich gewartet haben; und auch wie schwer es für sie war, damals dieser ihrer Toten zu gedenken.

Als Deutsche fragen wir uns aber zuerst nach deutscher Schuld und Verantwortung. Und für uns bleibt festzuhalten, dass der millionenfache Tod derer, die unter der Verantwortung der Deutschen Wehrmacht starben, „eines der größten deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs“ gewesen ist. Viele wollten das nach dem Krieg noch sehr lange Zeit nicht wahrhaben. Aber spätestens heute wissen wir: Auch die Wehrmacht hat sich schwerer und schwerster Verbrechen schuldig gemacht.

Aus mancherlei Gründen ist dieses grauenhafte Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland nie angemessen ins Bewusstsein gekommen – es liegt bis heute in einem Erinnerungsschatten. Das mag damit zu tun haben, dass die Deutschen in den ersten Jahren nach dem Krieg vor allem an ihre eigenen Gefallenen und Vermissten gedacht haben, auch an die Kriegsgefangenen, die zum Teil noch bis 1955 in der Sowjetunion festgehalten wurden.

Das mag sicher auch daran liegen, dass die Schreckensbilder von der Eroberung des deutschen Ostens durch die Rote Armee vielen Deutschen den Blick auf die eigene Schuld verstellten. Diejenigen, die wegschauen und sich nicht erinnern wollten, sahen sich dann zudem später durch die Besatzungs- und Expansionspolitik der Sowjetunion und durch die Errichtung einer kommunistischen Diktatur mit Rechtsferne, Unfreiheit und Unterdrückung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands bestätigt. In der DDR wurde zwar die Erinnerung an das heldenhafte sowjetische Brudervolk groß geschrieben, aber der amtlich verordnete Heldenmythos ließ auf der anderen Seite wenig Raum für die Empathie mit denjenigen, die als Kriegsgefangene in Deutschland keine strahlenden Sieger waren, sondern Opfer, Entrechtete, Geschlagene.

In späteren Jahren haben in Westdeutschland und auch im wiedervereinigten Deutschland die Erinnerung an den Völkermord an den Juden und die beginnende Scham darüber die Auseinandersetzung mit anderen Verbrechen einfach überlagert.

Dabei sind doch die Verbrechen des Nationalsozialismus zutiefst miteinander verbunden. Sie haben alle dieselbe Wurzel: Sie stammen aus der Vorstellung, dass auch unter Menschen nur das Recht des Stärkeren gelte, und dass der Stärkere das Recht habe, über das Lebensrecht der Anderen zu entscheiden, über Wert, über Unwert ihres Lebens. So wurden die Juden, wie die Sinti und Roma ausgesondert, gedemütigt, ermordet, dann die Behinderten oder Homosexuellen. So wurden dann auch die Völker im Osten als „minderwertig“ diffamiert, weswegen man mit ihnen ohne Rücksicht auf Humanität und Menschenrechte, auch ohne Rücksicht auf die Regeln des Völker- und Kriegsrechts verfahren dürfe.

Im Protokoll der Besichtigung eines Kriegsgefangenenlagers durch Propagandaminister Goebbels hält ein Regierungsbeamter fest:

„Der Zweck der Fahrt sollte sein, [...] einmal die in den Wochenschauen gezeigten Untermenschen in Natur vorzuführen. [...]

Die Fahrt brachte insofern nicht das gewünschte Ergebnis, als die Gefangenen fast durchweg Weißrussen waren und daher durchschnittlich ein durchaus menschliches Aussehen hatten. [...]

Sie bekommen außerordentlich wenig Beköstigung und haben Tag und Nacht keinerlei Schutz vor dem Wetter. Meines Erachtens werden diese Gefangenen sowieso hinter ihrem Drahtzaun verrecken. [...]

Hybris, Allmachtswahn, Herrenmenschentum, Zynismus, das sind die Kennzeichen nationalsozialistischer Ideologie und eben auch nationalsozialistischer verbrecherischer Praxis.



Begegnung mit dem Zeitzeugen Leo Frankfurt nach einer Rede auf dem Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter in Schloß Holte-Stukenbrock anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges

Erschütternd ist immer noch, wenn wir sehen, in wie kurzer Zeit ganz normale Männer und Frauen, einmal mit dieser Ideologie vergiftet, zu Komplizen der Unterdrückungspraxis gemacht werden und manche sogar zu unbarmherzigen Menschenchindern und Mördern werden konnten.

Wir stehen hier und erinnern an dieses barbarische Unrecht und an die Verletzung aller zivilisatorischer Regeln. Wir erinnern daran im Namen der Humanität, im Namen der Gleichheit und der Würde, die unterschiedslos allem zukommt, was Menschenantlitz trägt. Im Namen der Menschenrechte, die uns verpflichten, die uns binden und leiten und für deren Geltung wir eintreten, stehen wir hier.

Wir sind an einer Stätte versammelt, an der auf den ersten Blick kaum etwas das Ausmaß dessen erkennen lässt, weswegen wir hier sind. Gedenksteine markieren Gräberreihen, die längst von Gras bewachsen sind. Es scheint so, als habe die vergangene Zeit fast jede sichtbare und fühlbare Erinnerung an das ausgelöscht, was hier einst Menschen Menschen angetan haben.

So wie wir hier in Schloß Holte-Stukenbrock unsere Erinnerung und unser historisches Gedächtnis anstrengen müssen, damit wir auf dieser Grasfläche einen Schreckensort für hunderttausende Menschen erkennen können, so geht es uns wohl überhaupt mit dem Eingedenken vergangenen Leids: Was spurlos verwehen sollte, das rufen wir in unser Gedächtnis. Wenigstens vor unserem inneren Auge soll in Umrissen noch einmal aufscheinen, was hier furchtbare Wirklichkeit war, was uns durch Fotos, Statistiken, Karteikarten, Erzählungen, Augenzeugenberichte unabweisbar und unwiderlegbar sagt: Das ist hier geschehen, mitten in Deutschland. Und es ist ja nicht irgendwie „geschehen“. Es wurde „gemacht“, es wurde „verübt“, planmäßig und mit bösem Kalkül und ewig unfassbar – von Menschen, mit denen wir Sprache, Herkunft und Nationalität teilen, von Menschen, deren Verbrechen heute Teil unserer Geschichte sind.

Wir müssen unseren Willen anstrengen, um die Wahrheit auszuhalten, um nicht immer unwillkürlich zu denken: Das kann doch unmöglich wahr sein – das, was hier im „Stalag 326“ und an hunderten von anderen, über ganz Deutschland verteilten Orten menschenmöglich war –, und was hier aber doch tatsächlich stattgefunden hat.

Wir müssen aber nicht nur unseren Verstand anstrengen, nicht nur unser Vorstellungsvermögen aktivieren und unsere historischen Kenntnisse erweitern. Wir müssen – zuerst und zuletzt – auch unser Herz und unsere Seele öffnen für das, was wir kaum glauben wollen. Es geht um eine wirkliche Empathie, ein wirklich bewegendes, unser Inneres, unser Herz, unsere Seele bewegendes Gedenken.

Ich danke heute ganz ausdrücklich allen dafür, die sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten für ein solches immer neues Bewusstmachen und Ein-

fühlen eingesetzt haben. Es waren ehrenamtlich Engagierte, die Spuren auffindig gemacht und Erinnerung wachgehalten haben.

Damit diese Erinnerung nicht verwelkt, darum gab und gibt es die Initiative „Blumen für Stukenbrock“, darum gibt es jetzt, dank unermüdlicher, überwiegend ehrenamtlicher Initiative die Dokumentationsstätte. Es gibt einen vorbildlich engagierten Förderverein, kundige Führungen und Ausstellungen. Angehörige von Opfern, die von weit her kommen und nach Spuren der Erinnerung an ihre Väter oder Großväter suchen, sie werden liebevoll betreut und begleitet.

Einer, der selber als Gefangener hier war, Leo Frankfurt, ist heute hier und wird gleich noch zu uns sprechen. Es bewegt mich sehr, dass Sie hier sind, Herr Frankfurt. Es ist so etwas wie ein gnädiges Geschenk an uns, es beschämt uns und es beglückt uns gleichzeitig. Danke!

Und es sind unter uns Mitglieder der Familie Basanov, deren Vater, Schwiegervater und Großonkel Basan Erdniev hier Lagerhäftling war und hier begraben ist. Wir haben eben kurz inne gehalten an der Stelle, an der Sie sich erinnern an Ihren Vater. Auch für Ihr Kommen, liebe Familie Basanov, bedanke ich mich und freue mich sehr, dass Sie mich an diesem Tag begleiten und unter uns sind.

Zu den Initiativen, die hier wertvolles Engagement beweisen, gehört auch die Geschichts-AG des Gymnasiums Schloß Holte–Stukenbrock. Es gibt das Anne-Frank-Projekt und das schulübergreifende Theaterprojekt. Alle diese jungen Menschen haben die Aufgabe übernommen, die Erinnerung weiter zu tragen. Das gilt auch für die Polizeischüler, die hier ausgebildet werden, und die sich sehr genau bewusst sind, was die Geschichte dieses Ortes bedeutet. Und gekommen sind heute auch junge Soldaten der Bundeswehr, für die historisches Bewusstsein selbstverständlich ist.

Es gab und gibt, dank der freiwilligen Initiativen hier und an anderen, ähnlichen Orten in unserem ganzen Land, diesen hartnäckigen, alltäglichen Widerstand gegen das Vergessen. Das ist gut so, das gehört zu unserer Kultur.

So sind heute auch Vertreter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste hier, auch Vertreter von Gegen Vergessen/Für Demokratie und vom Deutsch-Russischen Museum Karlshorst. Ihnen und den Vielen, die in unserem Land selbstlose Erinnerungs- und Gedenkarbeit leisten, danke ich heute und hier ganz ausdrücklich. Sie helfen bei einer Aufgabe, die sich auch siebenzig Jahre nach Kriegsende noch stellt: auch das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Erinnerungsschatten heraus zu holen.

Nicht weit von hier stehen wir vor dem Gelände, das Tod und Verderben gebracht hat, auf dem die Schreie, das Seufzen und das Stöhnen der geschundenen Leiber und Seelen unsichtbar eingeschrieben bleiben.

Dies ist einer der Orte, an denen wir schmerzhaft und intensiv empfinden, dass die Toten für die Lebenden eine Verpflichtung sind. Sagen wir also heute, siebenzig Jahre nach dem Ende des Krieges, „Ja“ zu dieser Verpflichtung. Versprechen wir uns gegenseitig, dass wir, was an uns ist, tun, um ein menschenwürdiges und friedliches Leben für alle zu ermöglichen und zu beschützen.



Namensstele für sowjetische Kriegstote des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag 326 (VI K) Senne in Schloß Holte-Stukenbrock

„Ich verneige mich vor dem Leid derer, die im Zweiten Weltkrieg Opfer deutscher Aggression geworden sind“

*Rede in Gedenken des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges
in der Kriegsgräberstätte Lebus*

8. Mai 2015, Lebus

Ein schöner, friedlicher Frühlingstag, und die Stimmen der spielenden Kinder haben uns hierher begleitet. Aber wir sind hier, um an eine andere Zeit zu erinnern.

Heute vor siebzig Jahren endete der Zweite Weltkrieg, der von Deutschland ausgegangen war und unermessliches Leid über viele Millionen Menschen in allen Teilen der Welt gebracht hat. Dieser Krieg endete nicht, weil Deutschland sich aus eigener Kraft von der Nazi-Diktatur befreit hätte. Er endete, weil Deutschland von den alliierten Truppen militärisch besiegt wurde. Am Ende des Krieges waren Millionen von Opfern zu beklagen, Soldaten vieler Nationalitäten, aber auch Zivilisten, darunter Frauen und Kinder. Besonders viele fanden noch in den letzten Tagen des Krieges den Tod.

Auf diesem Friedhof hier ruhen 5.000 Soldaten der Roten Armee. Gefallen in der letzten großen Offensive, die das Ende von Hitlers Schreckensherrschaft besiegelte.

Ich verneige mich vor ihrem Leid und dem Leid aller Menschen, die gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben. Ich bin dankbar für die Leistung derer, die das mit ihrem Leben bezahlt haben.

Ich verneige mich vor dem Leid derer, die im Zweiten Weltkrieg Opfer deutscher Aggression geworden sind.

Ich verneige mich auch vor dem Leid derer, denen die Befreiung vom Nationalsozialismus keine Freiheit brachte, sondern Rechtlosigkeit, Gewalt und Unterdrückung.



Begegnung mit dem sowjetischen Kriegsveteranen Wakulischin Grigorij Antonowitsch bei der Kranzniederlegung zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in der Kriegsgräberstätte in Lebus

Und wir gedenken aller, die in jener Zeit als Opfer von Gewalt und Krieg ums Leben kamen.

Wir trauern mit allen, die seither um Tote und Vermisste trauern müssen.

Ihr Schicksal mahnt uns, mit all unserer Kraft für Verständigung, Frieden und Versöhnung einzutreten. Es mahnt uns, unserer gemeinsamen Verantwortung für die Würde und das Leben der Menschen gerecht zu werden, in Europa und in der ganzen Welt.

**„Wer die Heimat zwangsweise verlassen muss,
spürt häufig eine lebenslange Wunde“**

*Rede anlässlich des ersten Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung
20. Juni 2015, Berlin*

Über Entwurzelte wollen wir heute sprechen.
Über Flüchtlinge und Vertriebene, zwangsweise Emigrierte.
Über Heimatlose einst und Heimatlose heute und morgen.
Über Menschen, die nicht mehr dort sind und auch noch nicht ganz hier.
Über Menschen, die etwas vermissen und gleichzeitig froh sind, nicht dort
leben zu müssen, wohin das Heimweh ihre Gedanken lenkt.
Über Entwurzelte wollen wir heute sprechen.

Über Menschen – gleichgültig ob schwarz oder weiß, jung oder alt, Mann oder
Frau, Christ, Jude oder Muslim –, über Menschen, die alle tief in der Seele
dieselbe schmerzliche Erfahrung machten, die der Schriftsteller Jean Améry,
Flüchtling vor Nazi-Deutschland und Überlebender von Bergen-Belsen, in die
einfache, für die einen tröstliche, für die anderen bedrückende Formel fasste:
„Man muss Heimat haben, um sie nicht nötig zu haben“.

Zum ersten Mal gedenkt nun Deutschland an einem offiziellen bundesweiten
Gedenktag jener Millionen von Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkrie-
ges zwangsweise ihre Heimat verloren. Zum ersten Mal begeht Deutschland
damit auch regierungsamtlich den internationalen Weltflüchtlingstag, wie
er vor fünfzehn Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen
beschlossen wurde. Auf eine ganz existenzielle Weise gehören sie nämlich
zusammen – die Schicksale von damals und die Schicksale von heute, die
Trauer und die Erwartungen von damals und die Ängste und die Zukunftshoff-
nungen von heute.

Ich wünschte, die Erinnerung an die geflüchteten und vertriebenen Men-
schen von damals könnte unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene
Menschen von heute vertiefen. Und umgekehrt: Die Auseinandersetzung mit

den Entwurzelten von heute könnte unsere Empathie mit den Entwurzelten von damals fördern.

Ausgegrenzt, verfolgt, vertrieben wurden Menschen seit Urzeiten. Aus der Geschichte kennen wir die Konflikte zwischen Sesshaften und Nomaden, zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Und im Nationalstaat des 19. und 20. Jahrhunderts erschienen Minderheiten häufig als potenziell illoyal, als Fremdkörper, die es zu assimilieren oder auszutauschen, zu vertreiben oder gar zu vernichten galt. Zeitweise sah die Politik im Bevölkerungsaustausch sogar ein probates Mittel der Konfliktlösung.

Der sogenannte „Bevölkerungstransfer“ von Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, Mähren, aus der Batschka und vielen anderen Gegenden in Mittel- und Südosteuropa erschien auch den alliierten Regierungschefs Churchill, Truman und Stalin als adäquate Antwort auf den Tod und Terror, mit dem Nazi-Deutschland den Kontinent überzogen hatte. Als die Potsdamer Beschlüsse im August 1945 die rechtliche Basis dafür schufen, waren allerdings längst Fakten geschaffen worden: Millionen Deutsche waren bereits aus dem deutschen Osten, aus Polen, der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien geflüchtet und vertrieben. Und was „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen sollte, hatte sich in der Realität als Alptraum erwiesen.

Erst flohen sie vor dem Krieg. Bei eisiger Kälte quälten sich Trecks mit Frauen und Kindern und Alten über verstopfte Landstraßen und brüchiges Eis, beschossen von Tieffliegern und überrannt von der Front. Völlig überladene Flüchtlingsschiffe versanken nach Torpedo- und Bombentreffern in der Ostsee. Ungezählte Frauen wurden vergewaltigt.

Dann wurden viele von denen, die zurückblieben in der alten Heimat, Opfer von Hass und Vergeltung: entrechtet, enteignet, verhaftet, misshandelt, auf Todesmärsche geschickt, ermordet, interniert, herangezogen zur Zwangsarbeit, erst scheinbar „wild“, dann vermeintlich „geordnet“ vertrieben, als „lebende Reparation“ verschleppt in die Arbeitslager in der Sowjetunion. Die letzten kehrten erst 1955 zurück.

„Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte“, erklärte ein großer Humanist, der britisch-jüdische Verleger Sir Victor Gollancz 1947, „wird diese Vertreibung als die unsterbliche Schande all derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlasst oder die sich damit abgefunden haben. Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß an Brutalität.“

Hunderttausende Menschen kamen durch Kriegshandlungen, Krankheit, Hunger, Vergewaltigungen, auch durch Entkräftung und Zwangsarbeit in der Nachkriegszeit um. Insgesamt verloren zwölf bis vierzehn Millionen Deutsche am Ende des Zweiten Weltkrieges durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat. Die Bevölkerung in jenen Gebieten, die später Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik heißen sollten, wuchs um nahezu zwanzig Prozent.

Das sollten wir uns gerade heute wieder bewusst machen: Flucht und Vertreibung verändern nicht nur das Leben der Aufgenommenen, sondern auch das Leben der Aufnehmenden, nicht nur das der „neuen“, sondern auch das der „alten“ Bewohner eines Landes oder eines Landstriches.

Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen war in unserer Gesellschaft fast immer schwierig und fast immer emotional. Denn unsere Haltung zum Leid der Deutschen war und blieb verknüpft mit unserer Haltung gegenüber der Schuld der Deutschen. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir – wieder – an das Leid der Deutschen erinnern konnten, weil wir die Schuld der Deutschen nicht länger ausblendeten.

Der Weg dahin war lang und nicht immer geradlinig.

In der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR wurde die Gründung von eigenständigen Flüchtlingsorganisationen von Anfang an untersagt. Erinnerungen der sogenannten Umsiedler an die alte Heimat waren lange Zeit unerwünscht. Vertreibung galt als legitime Reaktion auf nationalsozialistische

Besatzungs- und Vernichtungspolitik. Kritik an den Vergewaltigungen der Roten Armee und den Vertreibungen durch Tschechen und Polen wurde unterdrückt. Bereits 1950 verzichtete die Staatspartei SED auf die deutschen Ostgebiete, indem sie die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannte, was sogar innerhalb der Partei Verstörung auslöste – und erst recht natürlich unter vielen Vertriebenen in der DDR.

Weder Verzicht noch Tabuisierung, noch ideologische Umdeutung konnten allerdings Trauer und Trauma vertreiben. „Man lässt den Auszug aus der Heimat nicht unbeweint“, schrieb Christa Wolf 1976 in ihrem Roman „Kindheitsmuster“. Mit fünfzehn Jahren war sie vor der Front geflohen, aus dem ostbrandenburgischen Landsberg, das heute Gorzów Wielkopolski heißt.

Im Westen Deutschlands wurden die Vertreibungen zunächst politisch benutzt, um das Vordringen der Sowjetunion, die Untaten der Roten Armee und das Unrecht der sogenannten „Vertreiberstaaten“ anzuklagen. Zwar hatten die Vertriebenenverbände früh auf die Anwendung von Gewalt verzichtet, und der von den Alliierten befürchtete Revanchismus blieb weitestgehend aus. Doch für Christ- wie für Sozialdemokraten galt: „Dreigeteilt – niemals“. Noch 1963 verkündete Willy Brandt auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier: „Verzicht ist Verrat“.

Deutsche – und beileibe nicht nur die Vertriebenen – verstanden sich damals vor allem als Opfer.

Ein Perspektivwechsel breiterer Kreise setzte erst Mitte der 1960er Jahre ein – wesentlich vorangetrieben durch die Ostdenkschrift der evangelischen Kirche und den Brief der polnischen katholischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder, der unter der programmatischen Überschrift stand: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Mit dem Warschauer Vertrag von 1970 wurde die neue polnische Westgrenze de facto von der Bundesregierung und – mit knapper Mehrheit – auch vom Parlament anerkannt. Die damaligen Debatten in der deutschen Gesellschaft waren schmerzlich, aber sie waren notwendig, um neue Wege zu finden.

Viele von Ihnen, die wir heute hier versammelt sind, dürften sich noch an die große Enttäuschung, ja Bitterkeit erinnern, mit denen nicht wenige Vertriebene dem faktischen Verzicht auf die Ostgebiete begegnet sind. Im Herzen fiel es doch noch schwer, die Realitäten zu akzeptieren, auch weil die Landsmannschaften ebenso wie Parteipolitiker über lange Jahre Ansprüche verteidigt und Illusionen geschürt hatten. Doch „niemand kann heute mehr hoffen, dass die verlorenen Gebiete je wieder deutsch sein werden“, so Marion Gräfin Dönhoff. „Wer anders denkt, der müsste schon davon träumen, sie mit Gewalt zurückzuerobern.“ Die Vertriebenenverbände, die auf Konfrontationskurs zur neuen Ostpolitik der Regierung Brandt gingen, erschienen vielen fortan als Störenfriede einer außenpolitischen Neuorientierung, ja letztlich gar als Friedensstörer.

Seit den 1970er Jahren lernten die Deutschen zunehmend, ihr Leid einzuordnen in den historischen Kontext. Was ihnen angetan worden war, wurde nun vor dem Hintergrund dessen gesehen, was Deutsche zuvor anderen angetan hatten. Es war doch das nationalsozialistische Deutschland, das Tod und Verderben über Europa gebracht hat, das Vertreibung, Gewalt, Besatzungsterror und Vernichtung zur Alltagserfahrung für viele Völker Europas werden ließ. Jenes andere Deutschland, das Vernichtung im Sinn hatte, das einen „Generalplan Ost“ entwickelte, nach dem ganze Völker als vermeintlich minderwertig von der Landkarte getilgt und zum Teil ermordet werden sollten.

So wie in den Jahren zuvor die Betonung des Leids der Deutschen dazu gedient hatte, Deutsche zu entschulden, so verdrängte nun allerdings das Bewusstsein von der Schuld der Deutschen jede Empathie für die Deutschen. Heimatverlust wurde weitgehend akzeptiert als vermeintlich zwangsläufige Strafe für die Verbrechen von Deutschen. So dachten auch viele Bewohner der DDR, und so hatte es die dort diktatorisch regierende SED als Deutungsmuster durchzusetzen versucht.

Heute vermag ich, der ich dort wohnte, nicht ohne eine gewisse Scham daran zu denken. Denn in den 1950er Jahren war ich, wie die meisten Ostdeutschen,

durch Vertriebene in unserer Nähe oder durch die westdeutschen Medien durchaus informiert über Schicksale von Vertriebenen. Und wenn ich zurückdenke an die langen Sonnabendnachmittage meiner Kindheit und Jugend, so habe ich noch die vielen Rundfunkwunschkonzerte vom nordwestdeutschen Rundfunk im Ohr, wie er damals hieß, hatte Dutzende Male das Ostpreußenlied vernommen und selbst die Sehnsucht nach dem „Land der dunklen Wälder und kristall’nen Seen“ in mir gespürt, obwohl ich doch Mecklenburger war. Umso unverständlicher, warum ich dann, warum wir Einheimischen später so bereitwillig verdrängten, dass andere, die Vertriebenen, so unendlich mehr bezahlt hatten für den gewaltsamen, grausamen Krieg als wir. Warum wir, die wir unsere Heimat behalten hatten, aufzurechnen begannen und eigene Bombardierungen und Tote anführten, um uns gegen die Trauer der anderen, der zu uns Kommenden, zu immunisieren. Mit politischen Thesen blockierten wir die uns mögliche Empathie.

Heute weiß ich: Wer die Gefühle des anderen abwehrt, der wehrt auch eigene Gefühle ab. Offenheit für das Leid der anderen hingegen führt zu Verständnis, führt zu Nähe. Daran sollten wir heute auch denken, wenn in unserem Ort, in unserem Stadtteil oder in unserer Nachbarschaft Fremde einquartiert werden oder des Schutzes bedürfen. Verständnis für das Leid des anderen ist eine Grundvoraussetzung mitmenschlichen Zusammenlebens.

Doch Verständnis für das Leid des anderen hatten in Deutschland damals zeitweise nicht einmal die Söhne und Töchter der Geflüchteten und Vertriebenen. Viele von ihnen wollten nichts hören vom verlorenen Zuhause der Eltern, von ihren Fluchtgeschichten. Es war ihnen peinlich, wenn auf den Geburtstagen bei fortgeschrittener Stunde alte Heimatlieder angestimmt wurden und den Verwandten die Tränen in die Augen traten. Heimatliebe war eben diskreditiert durch die nationalsozialistische Propaganda, bei vielen auch durch die romantisch-verklärenden Heimatfilme der 1950er Jahre und nicht zuletzt durch die Rhetorik mancher Vertriebenenfunktionäre. Mitleid mit Vertriebenen galt nicht selten als Relativierung historischer Schuld, als Geschichtsrevisionismus, als eine Umdeutung von Tätern zu Opfern.

Glücklicherweise hat unsere Gesellschaft ihre zeitweilige Abwehrhaltung seit Anfang der 1990er Jahre Schritt für Schritt aufgegeben. Politisch bestand ohnehin Klarheit: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und der Grenzvertrag zwischen der Republik Polen und dem wiedervereinigten Deutschland haben die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Oder-Neiße-Grenze endgültig festgeschrieben.

Zudem ist Europa wieder zusammengewachsen. Man kann wieder frei in Gegenden reisen, die über vier Jahrzehnte hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden waren. Hunderttausende Vertriebene und ihre Kinder haben seit den 1990er Jahren vor Nicht-mehr-Elternhäusern gestanden, vor Nicht-mehr-protestantischen-Kirchen, vor Nicht-mehr-deutschen-Schulgebäuden und auf parkähnlichem oder verwildertem Gelände, wo sie oft vergeblich nach den Gräbern der Verwandten suchten. Und als Deutschland in eben jenen Jahren auch noch mehrere hunderttausend Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien aufnahm, fragten sich viele beschämt: Mit welcher Begründung können wir den eigenen Müttern und Großmüttern die Empathie verweigern, die wir den vergewaltigten Frauen in Bosnien zu Recht entgegenbringen? Die Erfahrung aktuellen Unrechts hat dazu beigetragen, dem weit Zurückliegenden mit neuer Empathie zu begegnen.

Wer die Heimat zwangsweise verlassen muss, spürt häufig eine lebenslange Wunde, die nur oberflächlich verheilt und immer wieder aufbricht. Und so haben wir respektieren gelernt, was die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann folgendermaßen formulierte: „Es gibt so etwas wie ein Menschenrecht auf die eigene Erinnerung, das man mit Zensur und Tabuisierung schwerlich aus der Welt schaffen kann.“

Günter Grass reichten nicht einmal die 800 Seiten der „Blechtrommel“, um sich das verlorene Danzig von der Seele zu schreiben. 43 Jahre später, Grass war inzwischen 75 Jahre alt, musste er im „Krebstanz“ den Untergang der Heimat noch ein weiteres Mal inszenieren. Ähnlich hatte sich auch Siegfried Lenz mit den Erzählungen über Suleyken noch nicht von seiner Heimat gelöst. Gut zwanzig Jahre später erweckte er Masuren ein weiteres Mal zum Leben, und

konnte sich dann nur gewaltsam davon trennen: Er ließ das „Heimatmuseum“ in Flammen aufgehen mit allen Exponaten, die nach der Flucht geblieben waren.

Heute gibt es auch viele Nachgeborene, Söhne und Töchter, die, inzwischen selber ins Alter gekommen, dieselbe Frage wieder zulassen, wie sie einst Christa Wolf stellte: „Wie sind wir so geworden, wie wir heute sind?“ Und so erleben wir Jahrzehnte nach den Ereignissen etwas Wunderbares: die Wiederengewinnung der uns möglichen Empathie. Endlich ein tieferes Verständnis der Nachgeborenen für das Trauma ihrer vertriebenen Mütter und Väter, endlich ein tieferes Verständnis von Einheimischen für ihre Nachbarn und Freunde, die einst als Flüchtlinge und Vertriebene gekommen sind. Und endlich eine umfassende Erinnerung an Krieg und Nachkrieg, in der Platz ist für Trauer, Schuld und Scham.

Die Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Jahre 2008, wesentlich zustande gekommen auf Initiative des Bundes der Vertriebenen, Frau Steinbach, ist für mich ein wichtiges Zeichen dieser Entwicklung: Flucht und Vertreibung der Deutschen gehen ein in das Geschichtsbewusstsein der ganzen Nation, eingeordnet in einen Kontext, der uns eben nicht mehr von unseren Nachbarn trennt, von den Kriegsgegnern von einst, sondern eine neue Verständigung ermöglicht.

Jahrzehntelang gehörte die Vertreibung der Deutschen in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu den ideologisierten und politisch instrumentalisierten Themen: Vertreibung galt als gerechte Strafe für deutsche Verbrechen und Westdeutschland als Hort von Revanchismus und Revisionismus. Mit diesen Thesen vermochten kommunistische Regierungen sogar Menschen an sich zu binden, die ihnen im Übrigen tief misstrauten.

Erst nach 1989, als Archive zugänglich wurden und ideologische Barrieren fielen, Menschen sich ungehindert austauschen konnten und die Angst vor Grenzrevisionen und Rückgabeforderungen wich, da konnten auch Polen, Ungarn und andere mitteleuropäische Völker einen selbstkritischen Blick auf die eigene Geschichte werfen. Sogenannte ethnische „Säuberungen“ sind

heute überall – zumindest in Europa – als Mittel der Politik diskreditiert, Vertreibungen in der Vergangenheit werden zunehmend als Unrecht anerkannt. Dafür gibt es eindrucksvolle Zeugnisse, zum Beispiel diese:

- Der Slowakische Nationalrat bat die Karpatendeutschen bereits Anfang 1991 um Verzeihung für die Evakuierung und Vertreibung.
- Władysław Bartoszewski, der unermüdliche Brückenbauer zwischen Polen und Deutschland, erklärte 1995 im Deutschen Bundestag: „Das uns angetane Böse, auch das größte, ist [...] keine Rechtfertigung [...] für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben.“
- In Ungarn legte das Parlament 2012 den 19. Januar als Nationalen Gedenktag für die Vertreibung der Ungarndeutschen und Donauschwaben fest, nachdem man dort schon im März 1990 die Vertreibungen verurteilt und sich bei den Opfern und ihren Nachkommen entschuldigt hatte.
- Das rumänische Parlament verurteilte die Deportation von arbeitsfähigen Rumäniendeutschen in die Sowjetunion als politische Verfolgung und stimmte jüngst Entschädigungszahlungen auch an Deutsche zu, die nicht mehr im Land leben.
- In Tschechien bat die Stadt Brunn anlässlich des 70. Jahrestages des sogenannten Brünner Todesmarsches die Opfer der Vertreibung offiziell um Vergebung. „Es tut nicht mehr so weh, wenn wir Fehler zugeben“, so die junge tschechische Autorin Kateřina Tučková, „im Gegenteil, wir empfinden dies als notwendig und reinigend.“

Solange Europa geteilt war, erschien es kaum möglich, was wir heute immer häufiger erleben: Das Belastende zwischen unseren Völkern wird nicht mehr ausgeklammert, Leid nicht mehr gegeneinander aufgerechnet. Wenn Menschen sich ihre Geschichten erzählen, wird Heimatverlust erlebbar als eine gemeinsame existenzielle Erfahrung, als ein tiefes inneres Mitfühlen mit dem Anderen, ungeachtet seiner nationalen oder religiösen Zugehörigkeit.

Und deutsche Vergangenheit ist mehr und mehr ein Teil der Geschichte auch Polens, Tschechiens, der Slowakei, Lettlands und Ungarns geworden – und im Bewusstsein von Polen, Tschechen, Ungarn nicht selten lebendiger als im Bewusstsein von Deutschen.

Ich möchte diesen Tag nutzen, um unseren Nachbarn für ihre souveränen Gesten und für ihr neues Vertrauen meinen tief empfundenen Dank auszusprechen.

Unbehagen gegenüber den Fremden gab es zu allen Zeiten. Wir erleben es heute, wir erlebten es nach 1945, obwohl es sich bei den Flüchtlingen um Landsleute handelte, die in derselben Kultur verankert waren und zum Teil in derselben nationalen Geschichte. Fremd – das lernen wir daraus – ist jeweils derjenige, der neu in eine schon bestehende Gruppe hineinkommt und als Eindringling empfunden wird. Gründe für Distanz oder Ablehnung, die finden sich immer.

Die Flüchtlinge und Vertriebenen nach Kriegsende wurden ja auch häufig diskriminiert und beschimpft als Polacken, Zigeuner, Rucksackdeutsche oder Habenichtse, wurden gebrandmarkt als rückständig und hatten sich angeblich dem Nazi-Reich in besonderer Weise angedient. So fand die mangelnde Solidarität noch eine zynische Begründung.

Nicht nur die Beschimpfungen aus den Schilderungen jener Jahre kommen mir seltsam vertraut vor: Fast niemand wollte sein Haus mit den „Fremden“ teilen, bei Bewerbungen um freie Arbeitsstellen wurden Einheimische bevorzugt, die kulturellen Unterschiede weckten nur selten Neugier und Interesse. Noch jahrelang feierten Einheimische ihre eigenen Feste und Gottesdienste und rümpften die Nase über fremde Dialekte und fremde Gerüche.

Es dauerte lange, bis Deutschland ein mit sich selbst ausgesöhntes Land wurde. Ein Land, in dem die einen Heimat behalten und die anderen Heimat neu gewinnen konnten. Ein Land, in dem sich die einen nicht fremd und die anderen nicht ausgegrenzt fühlten.

Die Erfahrung gelungener Integration von Flüchtlingen blieb kein Einzelfall. Westdeutschland hat im Laufe der Jahrzehnte fast vier Millionen Flüchtlinge aus der DDR aufgenommen. Es hat zehntausenden Geflüchteten aus den kommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas eine neues Zuhause geboten, zudem Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Militärdiktaturen und zerfallenden Staaten, ob sie Griechenland hießen oder Türkei, Iran oder Jugoslawien. Deutschland hat also viel Erfahrung mit Flüchtlingen und Vertriebenen, eine positive Erfahrung, auf die wir im öffentlichen Diskurs viel zu selten zurückgreifen. Dabei täte uns doch Rückversicherung gut, wenn wir uns heute mit neuen Herausforderungen konfrontiert sehen.

Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren so viele Menschen entwurzelt wie augenblicklich: Gerade jetzt haben die Vereinten Nationen neue, erschreckende Flüchtlingszahlen herausgegeben. Ende 2014 waren es weltweit 59,5 Millionen Menschen, acht Millionen Menschen mehr als nur ein Jahr zuvor. Nie zuvor wurden so viele Flüchtlinge gezählt. Die allermeisten sind Vertriebene im eigenen Land: rund vierzig Prozent der Bevölkerung in Syrien, Hunderttausende im Irak, im Südsudan, im Kongo und in Nigeria. Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahre – besonders bedrückend! Selbst Europa erlebt einen massiven Anstieg von Binnenflüchtlingen. In der Ukraine stieg ihre Zahl auf fast 650.000.

Viele Flüchtlinge bleiben in der Nähe ihrer Heimat, weil sie auf eine schnelle Rückkehr hoffen. Ich habe einige von ihnen getroffen: syrische Familien in einem Lager in der Türkei. Aber immer mehr Menschen nehmen immer längere, gefährlichere und kostspielige Fluchtwege in Kauf, um einen Neuanfang zu wagen: Viele streben nach Europa, einem Ort ihrer Sehnsucht, dem Kontinent der Freiheit und des Wohlstands, der ihnen und ihren Familien ermöglichen soll, ein besseres Leben ohne Angst, Gewalt und Hunger zu führen. Auch von ihnen habe ich einige getroffen: zum Beispiel junge Menschen aus Westafrika in einem Lager in Malta.

Sie sind wochen- oder monate-, manchmal jahrelang unterwegs und wehrlos Plünderern, Erpressern und Schleusern ausgeliefert. Sie werden ausgebeutet,



Rede anlässlich des ersten Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung im Deutschen Historischen Museum

ausgeraubt, gefoltert, sexuell missbraucht. Und sie riskieren ihr Leben, wenn sie sich auf überladenen Lastwagen durch die Sahara und auf schrottreifen Schiffen und untauglichen Schlauch- und Holzbooten auf das Mittelmeer wagen. Viele werden durch die Flucht tief traumatisiert.

Die Flüchtlinge von heute sind nicht allein politische Nachfahren der Verfolgten während der nationalsozialistischen Diktatur, nicht allein die Nachfahren der Vertriebenen bei Kriegsende. Sie sind auch Wahlverwandte jener verfolgten und verarmten Menschen in den Städten und Dörfern des 19. Jahrhunderts, hier in unserer Region, an die Edgar Reitz etwa in seinem Film „Die andere Heimat“ eindringlich erinnerte. Wir haben es fast vergessen: Auch Deutschland war einmal ein Land voller verzweifelter, hoffender Auswanderer. Fast 5,5 Millionen Deutsche trieb es zwischen 1812 und 1912 trotz lebensgefährlicher Überfahrten über den Atlantik zu einem ungewissen Neuanfang in Amerika.

Sie flohen vor der Not, und sie flohen vor politischer Repression oder religiöser Intoleranz – so wie die Flüchtlinge und viele Migranten heute.

Wir stehen vor einer großen Herausforderung, einer Herausforderung neuer Art und neuer Dimension. In den letzten fünf Jahren sind mindestens fünfzehn neue Konflikte entflammt oder wieder ausgebrochen – in Afrika, im Nahen Osten und auch in Europa. Die staatlichen Strukturen ganzer Regionen drohen zu zerfallen oder sind bereits zerfallen. Je länger Bürgerkriege, islamistischer Terror, bewaffnete Konflikte zwischen Regierungen und Rebellen und Separatisten dauern, je mehr sich Anarchie, Armut, Korruption und Perspektivlosigkeit breit machen, desto mehr Menschen werden ihre Familien und ihre Freunde und ihre Heimat verlassen. Die Flüchtlingszahlen werden – auch mittelfristig – weiter steigen.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklung haben wir unseren Blick zu weiten. Flüchtlingspolitik ist längst nicht mehr nur Innenpolitik. Flüchtlingspolitik reicht längst hinein in unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Beginnen wir mit dem, was selbstverständlich sein sollte: Es ist meines Erachtens eine moralische Pflicht aller Staaten Europas, Flüchtlinge vor dem Tod im Mittelmeer zu retten. Wir würden unsere Selbstachtung verlieren, wenn wir Menschen, die vor den Toren unseres Kontinents auf dem Wasser treiben, sich selbst überließen.

Es sollte meines Erachtens auch eine selbstverständliche moralische Pflicht aller Staaten Europas bleiben, Menschen eine sichere Zuflucht zu gewähren, die – wie es das Grundgesetz in Artikel 16a und die Bestimmungen des Genfer Flüchtlingssschutzes festhalten – aus politischen, ethnischen, religiösen und rassistischen Gründen verfolgt werden. Einen derartigen Schutz halte ich für nicht verhandelbar und solange für verpflichtend, bis diese Menschen gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren oder auch in Deutschland oder anderswo an einem sicheren Ort bleiben können.

Deutschland hat im Umgang mit Asylbewerbern gelernt: Heute reagieren wir ganz anders auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen als noch zwanzig Jahre zuvor. Es freut mich, wie viel Anteilnahme zahlreiche Bürger unseres Landes für Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte aufbringen, wie viele Patenschaften übernehmen, Sprachkenntnisse vermitteln, Asylbewerber bei Behördengängen begleiten, ein Zimmer zur Verfügung stellen. Der Blick auf das Leiden des anderen – er hat sich in unserem Land geschärft und darüber sollten wir uns freuen, und es soll kein Ende geben bei diesem Prozess des Weiterlernens und des Weiterentwickelns.

In der Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen ist noch viel zu klären. Zunächst gilt es, sich über die Fakten zu verständigen. Fast die Hälfte der Asylbewerber kommt zurzeit noch aus dem Westbalkan, dessen Länder zum Teil vom Gesetzgeber trotz mancher Bedenken als sichere Herkunftsstaaten eingestuft wurden. Die Anerkennungsquote von Flüchtlingen aus diesem Raum liegt bei 0,1 bis 0,2 Prozent. Die andere Hälfte der Asylbewerber in Deutschland aber stammt aus Ländern, in denen Krieg, Terror oder eine Diktatur herrschen – augenblicklich vor allem Syrien, Eritrea und dem Irak. Die Anerkennungsquoten liegen für die Länder zwischen 70 und mehr als 90 Prozent.

Es sind neben vielen Muslimen auch Christen und Jesiden darunter. Menschen, die aus ihren Dörfern vertrieben, zu Bekehrungen oder Schutzgeldzahlungen gezwungen wurden. Deren Kinder auf der Flucht verdursteten und verhungerten, und deren Frauen als Beute verkauft wurden. Es sind unbegleitete Minderjährige darunter, Kinder und Jugendliche, die Angehörige in bewaffneten Konflikten oder auf der Flucht verloren haben. Sie alle suchen ein freies und sicheres Land. Ein Land, in dem sie ihren Glauben ausüben können, nicht missbraucht, nicht gewaltsam unterdrückt werden. Ein Land, in dem sie ihr Leben in Freiheit selbst bestimmen können.

Wir wissen, dass weder Deutschland noch Europa insgesamt allen, die dies wünschen, eine Zuflucht und eine Zukunft bieten können. Flüchtlingspolitik muss daher über die Europäische Union weit hinausreichen. Wir haben stärker als bisher unmittelbare Nachbarstaaten von Krisengebieten zu unter-

stützen. Wir haben uns stärker als bisher um eine Stabilisierung der Länder Nordafrikas und besonders des Westbalkans zu kümmern. Und da der Herr Bundesaußenminister hier ist, will ich voller Anerkennung von den Bemühungen der deutschen Bundesregierung sprechen, gerade auf diesen so schwierigen Feldern immer wieder politische Aktivitäten zu entwickeln. Dank dafür. Schließlich muss uns weiterhin an einer gezielteren Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort gelegen sein – allerdings im Wissen darum, dass alles, was wir tun, kaum Erfolge zeitigen wird, solange Regierungen den Aufbau einer friedlichen, sicheren und lebenswerten Zukunft für ihre Völker nicht stärker in die eigene Hand nehmen.

Betrachten wir also vor allem unsere Möglichkeiten in Deutschland und in Europa, hier, wo wir Einfluss haben und unmittelbar Verantwortung tragen. Wir haben die Seenotrettung im Mittelmeer zwar wieder verstärkt, aber viele andere Fragen immer noch nicht geklärt: Wie bekämpfen wir die Banden krimineller Schlepper? Wie sehen neue, sichere Formen der Anerkennung von Flüchtlingen aus? Wie werden die Flüchtlinge in Europa gerechter verteilt, wie wird in allen Mitgliedstaaten ein Asylsystem mit ähnlichen Standards aufgebaut? Wie gehen wir menschlich mit abgelehnten Asylbewerbern um? Und, nicht unwichtig: Wie regeln wir Einwanderung neben dem Asyl?

Kurzum: Wie stellen wir sicher, dass wir, bedingt durch die Dimension des Problems, mehr tun? Und zwar mehr von allem: mehr aufnehmen und mehr helfen, zugleich aber besser steuern, schneller entscheiden, und ja, auch konsequenter abweisen – damit wir aufnahmefähig bleiben für diejenigen, zu deren unbedingtem Schutz wir uns verpflichtet haben und die unserer Hilfe stärker bedürfen als andere.

In jüngster Zeit ist nämlich erneut die Frage zu hören: Wie viele Flüchtlinge kann unsere Gesellschaft überhaupt verkraften? Eine Nation lebt ja vom Zusammengehörigkeitsgefühl, vom Vertrauen, der Kooperation und vom Mitgefühl unter ihren Bürgern. Flüchtlinge und Zuwanderer erhöhen einerseits die soziale und kulturelle Vielfalt und vergrößern die Innovationskraft der Gesellschaft. Deshalb sprechen wir in diesen Fällen auch von Bereicherung.

Andererseits wissen wir aus jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen, dass gegenseitige Rücksichtnahme und die Bereitschaft zur Solidarität innerhalb einer Gesellschaft auch zurückgehen können, wenn etwa die Zahl der Flüchtlinge und Zuwanderer in Ballungsräumen zu schnell und zu stark steigt oder die kulturelle Distanz zu groß erscheint.

Zugleich dürfen wir aber die Möglichkeiten von Flüchtlingen und die Chancen für unsere Gesellschaft nicht verkennen. Wir müssen uns immer wieder daran erinnern, welch großen Anteil Flüchtlinge und Vertriebene am erfolgreichen Aufbau Deutschlands hatten. Eben diesen Geist, der den Neuanfang sucht und die Zukunft gestalten will, erkenne ich auch bei vielen Flüchtlingen von heute.

Über Entwurzelte wollten wir heute sprechen.

Über Flüchtlinge und Vertriebene, zwangsweise Emigrierte.

Und wir sehen: Wir geraten mitten hinein in ein großes Thema der Weltpolitik und zugleich mitten hinein in ein großes politisches und moralisches Dilemma.

In der Abwägung zwischen den Idealen der Humanität und der Realpolitik kann es eben keine ideale Lösung geben. Die gibt es im Übrigen fast nie. In der Politik können wir uns nur entscheiden zwischen guten und weniger guten Lösungen, manchmal sogar nur zwischen den weniger schlechten. Aber genau das ist Politik.

Vor siebzig Jahren hat ein armes und zerstörtes Deutschland Millionen von Flüchtlingen zu integrieren vermocht. Denken wir heute nicht zu klein von uns. Haben wir Vertrauen in die Kräfte, über die dieses Land verfügt. Wir brauchen immer auch ein Selbstbild, das uns trägt. Und wir werden uns selbst auf Dauer nur akzeptieren können, wenn wir heute alles tun, was uns heute möglich ist. Warum sollte ein wirtschaftlich erfolgreiches und politisch stabiles Deutschland nicht fähig sein, in gegenwärtigen Herausforderungen die Chancen von morgen zu erkennen?

„Lasst nicht zu, dass so etwas noch einmal Wirklichkeit wird“

*Rede beim Empfang für Repräsentanten der Lagergemeinschaften
ehemaliger nationalsozialistischer Konzentrationslager
2. Juli 2015, Schloss Bellevue*

Es macht mich froh und glücklich, dass Sie, die ehemaligen Gefangenen in deutschen Konzentrationslagern, hier heute Mittag meine Gäste sind. Das bewegt mich im Inneren und ich freue mich sehr und danke Ihnen, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind. Denn unter all den Begegnungen, die hier im Schloss Bellevue stattfinden, ist diese eine ganz besondere.

Denn Sie sind während der nationalsozialistischen Diktatur unter brutalem Zwang und Gewalt von Ihren Liebsten getrennt worden, aus Ihrem normalen Alltag herausgerissen, und all das geschah durchweg aus reiner Willkür. Sie waren Rechtlose in jenem aus Lagern bestehenden Reich der SS, in dem Würde, Anstand und Recht mit Füßen getreten wurden. Nur mit viel Glück konnte man hier überleben, denn wer in dieses Reich verdammt wurde, der war im Grunde dem Tod geweiht.

Die Namen der Lager, in denen Sie waren und aus denen Sie nur befreit werden konnten, weil die Alliierten das Deutsche Reich zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen hatten, diese Namen sind auf ewig Namen der Schande für uns Deutsche. Es sind Namen einer Schuld, die auch die Nachgeborenen und die an den Verbrechen Schuldlosen in Pflicht und Verantwortung nimmt: Auschwitz, Buchenwald, Bergen-Belsen, Ravensbrück, Mittelbau-Dora, Sachsenhausen, Dachau, Flossenbürg, Neuengamme.

Diese und andere Orte des Schreckens, Namen einer Hölle auf Erden, werden wir nie vergessen. Sie sollen aber nicht nur in Erinnerung an vergangene Leiden im Gedächtnis bleiben. Sondern sie sollen genau so für uns und für unsere Nachkommen Mahnung und Auftrag sein. Lasst nicht zu, dass so etwas noch einmal Wirklichkeit wird.



Mittagessen für Repräsentanten der Lagergemeinschaften ehemaliger nationalsozialistischer Konzentrationslager in Schloss Bellevue

Sie, meine Damen und Herren, haben den Nationalsozialismus, der Terror zuerst in Deutschland und gegen Teile des eigenen Volkes übte und der dann fast ganz Europa mit Krieg und Gewalt, mit Verfolgung und Vernichtung überzog, Sie haben diese mörderische Ideologie in ihrem eigentlichen Wesen erlebt: als Ausgrenzung des vermeintlich Fremden, als Unterwerfung der Schwächeren, als Entrechtung aller, die nicht in das Muster eines vorgeblich normalen oder gesunden, oder eines angeblich deutschen oder sogenannten arischen Menschenbildes passten. Weil sie nämlich Juden waren oder Sinti und Roma oder Behinderte oder Homosexuelle oder Kommunisten oder Sozialdemokraten oder gläubige Christen, Priester, Ordensleute oder angeblich minderwertige Slawen oder weil sie nur einmal gefragt haben, ob denn das alles richtig gewesen sei: diese Verhaftungen, diese Verfolgungen, dieser Krieg.

Nationalsozialismus bedeutete Ausgrenzung und Entrechtung, in letzter Konsequenz gar Vernichtung aller, die als nicht fähig, oder nicht willens oder nicht würdig befunden wurden, zum neuen Menschen nationalsozialistischen Typs zu werden, die darum als sogenannte Untermenschen begriffen und bezeichnet wurden, deren Leben dann nichts mehr wert war.

Dass wir nun heute zusammen sein können, hier, dass Sie gekommen sind, siebzig Jahre nach dem Ende des Krieges, nach der Befreiung der Lager, das ist für uns nicht selbstverständlich, auch nicht nach so langen Jahren. Für manche unter Ihnen war das ja ein langer Weg, bis Sie zum ersten Mal wieder einem Staatsvertreter Deutschlands die Hand reichen wollten, ja bis Sie zum ersten Mal wieder einen Fuß auf deutschen Boden zu setzen vermochten.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie sich so entschieden haben. Sie engagieren sich heute in der Gemeinschaft der Überlebenden Ihres Lagers und setzen sich für die Interessen der ehemaligen Häftlinge ein. Sie engagieren sich, um die Erinnerungen an das Leiden wach zu halten, um die Verbrechen und die Untaten, den Terror und den Vernichtungsfuror der Nazis nicht aus dem Gedächtnis der Welt zu entlassen, aber auch um den Nachgeborenen guten Willens, um den nachfolgenden Generationen in Deutschland die Hand zu reichen.

So bin ich heute Mittag dankbar, dass ich Ihnen begegnen darf, dass wir gemeinsam zu Tisch sitzen, dass wir uns austauschen, dass wir uns in die Augen schauen können.

Es ist gut, das Böse zu bekämpfen, wo immer man kann, mit den erlaubten Mitteln, die man zur Verfügung hat. Am besten aber ist es, das Böse zu besiegen durch das Gute, durch die guten Kräfte, die in uns sind: die Kräfte des Erbarmens, des guten Willens, der Hochherzigkeit.

In diesem Sinne begrüße ich Sie alle hier im Schloss Bellevue noch einmal und heiße Sie herzlich willkommen!



Austausch mit Gästen beim Empfang für Repräsentanten der Lagergemeinschaften ehemaliger national-sozialistischer Konzentrationslager in Schloss Bellevue

„Das Totengedenken schließt alle Opfer von Krieg und Gewalt ein“

Rede bei der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag

15. November 2015, Berlin

Dieser Tag, der seit Jahrzehnten der Trauer gewidmet ist, ist in diesem Jahr auch ein Tag aktueller Trauer. Der Schmerz verbindet uns heute in ganz besonderer Weise mit unseren französischen Freunden. Wir sind in Gedanken und mit unseren Gefühlen bei den Opfern der menschenverachtenden Anschläge von Paris, wir sind bei den Angehörigen, wir sind bei den Polizisten und Helfern, und wir sind bei der ganzen französischen Nation. Im Angesicht der Verwüstung und des Todes, im Augenblick der Not und der Trauer fühlen wir mit unseren Nachbarn jenseits des Rheins.

Der Anschlag galt Frankreich, aber auch der offenen Gesellschaft, der Lebensweise der Freien und Gleichen in Europa und in der ganzen Welt. Jene, die solche Taten verüben oder gutheißen, sie müssen wissen: Die Gemeinschaft der Demokraten ist stärker als die Internationale des Hasses, wir beugen unser Haupt vor den Toten, niemals aber beugen wir uns dem Terror.

Wir leben in Zeiten, in denen wir Opfer einer neuen Art von Krieg beklagen. Es sind Opfer hinterhältig agierender Mordbanden. Es sind Terroristen, die im Namen eines islamistischen Fundamentalismus zum Kampf gegen die Demokratien, gegen universelle Werte und auch gegen Muslime aufrufen, die ihrer barbarischen Ideologie nicht folgen.

Seit Jahren wissen wir, dass die kriegerischen Konflikte, näher an uns heranrücken. Wir leben in Zeiten, in denen auch deutsche Soldaten an internationalen Einsätzen teilnehmen, in denen sie zu Opfern dieser Art der Kriegführung werden können.

Fast genau ein Jahr ist es her, da wurde in der Nähe von Potsdam der „Wald der Erinnerung“ eingeweiht. Gewidmet jenen 105 Soldaten und der Soldatin,



Rede bei der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. im Deutschen Bundestag

die bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ihr Leben verloren. Allein in Afghanistan starben 57 Soldaten und mehr als 300 wurden verletzt: bei Selbstmordattentaten, Raketenangriffen und Bombenanschlägen, durch Beschuss, durch Sprengfallen, auch durch Unfälle oder Krankheiten – ja, und auch durch Suizide.

Mein Mitgefühl gilt den Angehörigen, die heute an dieser Gedenkveranstaltung teilnehmen. Ich weiß: Ein eigener, geschützter Erinnerungsort für Ihren Sohn, Ihre Tochter, Ihren Ehemann, Ihren Vater oder Ihren Bruder kann nur ein kleiner Trost für Sie sein. Aber ich hoffe doch: Er ist ein Trost, dieser Ort der Stille und der Trauer, der Erinnerung und der Mahnung. Ein Ort, wie ihn sich viele von Ihnen gewünscht hatten. Ich bin dankbar, dass ich bei der Einweihung vor genau einem Jahr dabei sein durfte.

Das Gedenken an jene, die von schwierigen Missionen im Auftrag unserer Republik nicht zurückkehrten gehört in die Mitte unserer Gesellschaft. Unser Gedenken gilt den Soldaten, aber genauso den Polizisten und den Entwicklungshelfern, die in Auslandseinsätzen starben.

Es hat eine geraume Zeit gedauert, bis in der Bundesrepublik ein solches Totengedenken möglich wurde. Es gab ja in Deutschland einst Zeiten, da starben die Soldaten in Kriegen, die Fürsten etwa zur Durchsetzung ihrer Interessen führten. Selten, so Anfang des 19. Jahrhunderts, starben junge Männer in Deutschland auch für die Befreiung ihres Vaterlandes. Dann, im Ersten Weltkrieg, starben Soldaten für den Kaiser – ihr Vaterland wurde regiert von Politikern, für die Krieg ein akzeptables Mittel der Politik war. Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Millionen von Toten, auch von Zivilisten, und nach einem Völkermord an den Juden, auch an den Sinti und Roma, war für viele Deutsche ein ehrenvolles öffentliches Gedenken an Menschen, die während des Militärdienstes ihr Leben gelassen hatten, diskreditiert. Vor allzu vielen Kriegerdenkmälern hatte es in der Vergangenheit zu oft ein „Heldengedenken“ gegeben, allzu oft hatten dort nicht Trauer und Friedensliebe, sondern Revanchegedanken und Revisionsgelüste die Veranstaltungen geprägt.

Gut 100 Jahre sind seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, siebenzig Jahre seit Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen. Gedenkveranstaltungen und Publikationen haben uns in jüngster Zeit noch einmal mit der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ und ihren Folgen konfrontiert: mit der ungeheuren Zerstörungskraft industriell geführter Kriege. Mit der Blindheit, mit dem Hass und der Gewalt, die aus nationaler Hybris und ideologischer Verblendung erwachsen. Mit Revanchegelesten. Mit Massenmorden. Mit dem millionenfachen Tod von Kriegsgefangenen durch unmenschliche Behandlung, Hunger und Seuchen. Mit der massenhaften Vergewaltigung von Frauen. Mit der Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen aus ihrer Heimat und mit neuen Grenzziehungen.

Doch wir durften auch erleben, wie aus der Tragödie des europäischen Kontinents der Einigungswille europäischer Völker hervorgegangen ist.

Wie in Abkehr von totalitären Ideologien der Wille zum Aufbau demokratischer Gesellschaften gesiegt hat. Und wie im Nachkriegsdeutschland zunächst der Westen, dann der Osten die Chance erhielt zu einem Neubeginn in Freiheit und Demokratie. Geschützt von einer Bundeswehr, die Akzeptanz finden konnte durch den Bruch mit einer belasteten militärischen Tradition. Vor vier Tagen hat die Bundeswehr mit einem Großen Zapfenstreich, hier vor dem Gebäude, an ihren Gründungstag am 12. November 1955 erinnert.

Nach ihrer Gründung sollte es noch zehn Jahre dauern, bis sich die Bundeswehr mit Hilfe des Erlasses „Bundeswehr und Tradition“ explizit zur Traditionslinie der preußischen Reformer um Gerhard von Scharnhorst und – noch wichtiger – der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 bekannte. Der Umgang mit der eigenen Vergangenheit fiel lange schwer, und er bildete doch die Voraussetzung dafür, dass die Bundeswehr sich gut entwickeln konnte – fern von jeder nationalistischen, imperialistischen und rassistischen Ideologie, fern auch von jeder Überhöhung des Kriegsgeschehens, fern von jeder Heroisierung des Soldatenopfers. Heute ist die Bundeswehr mit ihrem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, des mündigen, mitdenkenden und verantwortungsvollen Soldaten fest in der demokratischen Tradition verankert. So ist der Soldat Recht, Gesetz und in letzter Konsequenz seinem Gewissen verantwortlich.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz bewusst dem Präsidenten des Deutschen Bundestages Dank sagen für seine Rede anlässlich des Festaktes zum 60-jährigen Bestehen der Bundeswehr. Er erinnerte daran, dass unsere Armee als Parlamentsarmee eng verbunden ist mit diesem hohen Haus, mit unserer Verfassung, unserer demokratischen Gesellschaft. Es ist gut zu wissen: Dieses Land hat eine Armee, die die Akzeptanz und Achtung der Friedliebenden und Verantwortungsbewussten verdient.

1922 wurde der Volkstrauertag auf Initiative des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge erstmals hier im Reichstagsgebäude begangen: zum Gedenken an zwei Millionen deutscher Soldaten, die im Ersten Weltkrieg gefallen waren. Das Naziregime usurpierte und pervertierte das Gedenken im Sinne seiner

menschenverachtenden Ideologie. In der jungen Bundesrepublik fand 1950, fünf Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, die erste zentrale Veranstaltung des Volksbundes statt: zum Gedenken an Millionen von Kriegstoten, Zivilisten und Soldaten, die an der Front und in der Heimat umgekommen waren.

Es ist das große Verdienst des Volksbundes, sich in jahrelanger, mühseliger Arbeit dafür eingesetzt zu haben, dass möglichst jeder gefallene Soldat eine würdige letzte Ruhestätte erhält – zunächst auf den Soldatenfriedhöfen in Westeuropa, seit Anfang der 1990er Jahre auch auf Soldatenfriedhöfen in Mittel- und Osteuropa. Fast wie ein Wunder mutet es an, jedenfalls wenn man älter ist, dass derartige Sammelfriedhöfe selbst in Russland, in der Ukraine, in Weißrussland oder in Polen möglich wurden. Nach Jahrzehnten können nun die Angehörigen zu den Grabstätten ihrer Nächsten reisen, um Blumen niederzulegen und die Toten dem Vergessen zu entreißen. Mit vielen Menschen in Deutschland bin ich dankbar für diese Entwicklung. Und ich will an dieser Stelle hinzufügen: Ich will auch all den Helfern und Aktiven im Volksbund danken, die unverdrossen, manchmal entgegen dem Zeitgeist, an dieser wichtigen Arbeit beteiligt geblieben sind. Danke Ihnen allen.

Seit siebzig Jahren leben viele Millionen Europäer im Frieden. Siebzig Jahre, in denen Söhne und Töchter der Gefallenen Abstand gewinnen und die Enkel und Urenkel ohne Krieg leben konnten. Und bei der wachsenden Zahl von Schülern aus Einwandererfamilien gibt es nur selten einen familiären Bezug zum Zweiten Weltkrieg. Der Blick hat sich im Laufe der Jahre geweitet: Neben die Trauer, neben die Erinnerung an die Gefallenen ist die Erinnerung an die historischen Umstände getreten. Doch dieser Prozess verläuft nicht immer konfliktfrei.

Tote soll man ruhen lassen. Solange seine Mutter lebte, hatte der Schriftsteller Uwe Timm diesen Satz respektiert. Erst nach ihrem Tod fühlte er sich frei, jene tabuisierte Geschichte des sechzehn Jahre älteren Bruders zu erforschen, die hinter der ritualisierten Familienerzählung lag. Vom tapferen Jungen war in solchen Erzählungen die Rede gewesen, der anständig, mutig und ehrlich war und dessen Idealismus vom Kriege missbraucht worden sei.

Wahrscheinlich stimmte auch vieles davon. Und eben doch nicht alles. Uwe Timms Bruder hatte sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet und an der Ostfront gekämpft. Selbst wenn er nicht an Mordtaten beteiligt gewesen sein sollte, so musste er doch – so schreibt sein jüngerer Bruder wörtlich – „mit den Opfern der Zivilbevölkerung konfrontiert worden sein, den Hungernden, Obdachlosen, den durch Kampfhandlungen Vertriebenen, Erfrorenen, Getöteten“. Der Soldatenbruder muss gewusst, aber geschwiegen haben. Auch die Eltern müssen gewusst, aber geschwiegen haben. Vom Leid der Anderen war in der Familie nicht die Rede, immer nur vom ungerechten Schicksal, das den Eltern den Jungen und das Heim genommen und sie zu Opfern gemacht hatte – zu Opfern „eines unerklärlichen, kollektiven Schicksals“.

Vielen Nachkriegskindern dürfte Uwe Timms autobiographische Recherche sehr bekannt vorkommen. Lange wollten Deutsche nur sich selbst als Opfer sehen und sich der Schuld an einem verbrecherischen Krieg nicht stellen. Inzwischen ist diese verhärtete Position des Selbstmitleids lange überwunden. Sie ist Geschichte.

Heute ist sich Deutschland seiner Verantwortung bewusst, ganz besonders für den Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Regimes. Das Totengedenken, das ich anschließend hier sprechen werde, schließt alle Opfer von Krieg und Gewalt ein, auch solche, deren Schicksal im Erinnerungsschatten unserer Gedenkkultur lag. Heute können wir der deutschen Opfer gedenken, weil wir auch der Opfer der Deutschen gedenken. Und weil wir den historischen Kontext nicht ausblenden, haben wir Verständnis auch für die Trauer der deutschen Angehörigen. Aber uns bleibt auch immer schmerzlich bewusst, dass unter den gefallenen Deutschen, die einst von ihren Lieben beweint und betrauert wurden, nicht wenige waren, die erst selber töteten, bevor sie getötet wurden.

Gerade in dieser Zeit, in der wir kurz nacheinander Jahrestage des Ersten und des Zweiten Weltkrieges begangen haben, wollen wir an den Preis des Krieges erinnern. Krieg zerstört umfassend. Er zerstört nicht nur die Wege, die Städte,

die Häfen. Krieg zerstört den Menschen. Er verwandelt Lebendige in Tote und hinterlässt in unzähligen Überlebenden tote Seelen. Wer Gewalt ausübt oder ihr ausgesetzt ist, wandelt sich in seinem Wesen. Er wird ein Anderer.

Eindringlich hat dies Willy Peter Reese bezeugt, der im Zweiten Weltkrieg mit zwanzig Jahren an die Ostfront kam. „Ich wurde“ – schreibt er – „mir selber seltsam fremd“. Schonungslos hält er fest, wie er selber hart und bitter wird, wie ihm das Mitgefühl abhanden kommt, wie er Trost im Alkohol sucht. „Wir waren die Sieger, der Krieg entschuldigte den Raub, forderte die Grausamkeit, und der Selbsterhaltungstrieb befragte das Gewissen nicht [...]. Ich verkaufte mein Menschentum und Gott für ein Stück Brot.“

Reese fiel im Juni 1944. In seinem erst 2003 veröffentlichten Tagebuch begegnen wir einem Autor, der schwankt zwischen Euphorie und Verzweiflung, zwischen Zynismus und Depression. Und dank der Kraft seines Textes schauen wir, wenn wir lesen, was andere durchlebten und durchlitten.

Geschichte wiederholt sich nicht. Wohl aber wiederholen sich menschliche Verhaltensweisen – im Guten wie im Bösen. Selbst Nachgeborene sind berührt von den Dokumenten des individuellen Leids, der individuellen Schuld, auch der individuellen Tragik. Im Verhalten von einst erkennen und fühlen sie das Menschenmögliche von heute – gleichgültig, welcher Ethnie, Nation oder Religion sie angehören. Das belegen auch die vielen Begegnungen, die der Volksbund mit Schülern und Jugendlichen aus deutschen, französischen, polnischen, aus türkischen oder algerischen Familien organisiert. Hier, wir haben es erlebt, treten junge Menschen in eine Verantwortungsgemeinschaft ein, die nicht aus einer Erfahrungsgemeinschaft herrührt. Aber sie finden sich zusammen in einem gemeinsamen Wollen.

Dies, meine Damen und Herren, ist unser aller Hoffnung: dass die Erinnerung an das Leid des Krieges nicht Rache gebiert, sondern immer mehr Menschen und Nationen den Ausweg in einem friedlichen Zusammenleben der Völker suchen lässt. So wie es gelang, die europäische Einigung zum großen Friedensprojekt unseres Kontinents zu machen. Und so hoffen wir, dass die



Kranzniederlegung in der Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft mit Johannes Singhammer, Vizepräsident des Deutschen Bundestages (li.) und Stanislaw Tillich, Präsident des Bundesrates

Würde und Unversehrtheit des Individuums unser Denken und Handeln prägen mögen und nicht der Kult des Terrors, nicht die Ideologie einer unfehlbaren Weltanschauung oder Religion oder einer siegreichen und heldenhaften Nation. Dass Soldatenfriedhöfe, so wie Albert Schweitzer einst sagte, endlich die großen Prediger des Friedens sein mögen. Dann wird, das haben wir erlebt, Versöhnung über den Gräbern möglich. Dann kann Frieden beständig sein. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung.

Impressum

Herausgeber:

Bundespräsidialamt
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Spreeweg 1
10557 Berlin
www.bundespraesident.de

Redaktion:

Britta Geithe
Bundespräsidialamt

Die Reden des Bundespräsidenten sind
redaktionell bearbeitet wiedergegeben.

Satz & Gestaltung:

hei design

Bildnachweis:

Sandra Steins – S. 7
Steffen Kugler – S. 13
Jesco Denzel – S. 19, 23, 47, 65, 67
Guido Bergmann – S. 27, 33, 69
Sebastian Bolesch – S. 37, 41, 45 + Titel
Carsten Koall – S. 59
Marvin Ibo Güngör – S. 75

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Druck:

werbeproduktion bucher

Berlin, November 2015

